



---

# Handlungsleitfaden zur Strukturentwicklung in den sächsischen Braunkohlerevierern

---

Empfehlungen für einen Aktionsplan

---

# Handlungsleitfaden zur Strukturentwicklung in den sächsischen Braunkohlerevierern

---

Empfehlungen für einen Aktionsplan

**Projektnummer** 28702

**Von**

Ralph Rautenberg

Holger Bornemann

Dr. Olaf Arndt

Anja Breuer

Thomas Danneil

Robert Köster

Leander Schulte

**Im Auftrag der**

Sächsischen Aufbaubank

**Abschlussdatum**

05.12.2018

# Das Unternehmen im Überblick

## Prognos – wir geben Orientierung.

Wer heute die richtigen Entscheidungen für morgen treffen will, benötigt gesicherte Grundlagen. Prognos liefert sie - unabhängig, wissenschaftlich fundiert und praxisnah. Seit 1959 erarbeiten wir Analysen für Unternehmen, Verbände, Stiftungen und öffentliche Auftraggeber. Nah an ihrer Seite verschaffen wir unseren Kunden den nötigen Gestaltungsspielraum für die Zukunft - durch Forschung, Beratung und Begleitung. Die bewährten Modelle der Prognos AG liefern die Basis für belastbare Prognosen und Szenarien. Mit rund 150 Experten ist das Unternehmen an acht Standorten vertreten: Basel, Berlin, Düsseldorf, Bremen, München, Stuttgart, Freiburg und Brüssel. Die Projektteams arbeiten interdisziplinär, verbinden Theorie und Praxis, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Unser Ziel ist stets das eine: Ihnen einen Vorsprung zu verschaffen, im Wissen, im Wettbewerb, in der Zeit.

### Geschäftsführer

Christian Böllhoff

### Präsident des Verwaltungsrates

Dr. Jan Giller

### Handelsregisternummer

Berlin HRB 87447 B

### Umsatzsteuer- Identifikationsnummer

DE 122787052

### Rechtsform

Aktiengesellschaft nach schweizerischem Recht; Sitz der Gesellschaft: Basel

Handelsregisternummer  
CH-270.3.003.262-6

### Gründungsjahr

1959

### Arbeitssprachen

Deutsch, Englisch, Französisch

---

### Hauptsitz

#### Prognos AG

St. Alban-Vorstadt 24  
4052 Basel | Schweiz  
Tel.: +41 61 3273-310  
Fax: +41 61 3273-300

### Weitere Standorte

#### Prognos AG

Goethestr. 85  
10623 Berlin | Deutschland  
Tel.: +49 30 5200 59-210  
Fax: +49 30 5200 59-201

#### Prognos AG

Domshof 21  
28195 Bremen | Deutschland  
Tel.: +49 421 5170 46-510  
Fax: +49 421 5170 46-528

#### Prognos AG

Résidence Palace, Block C  
Rue de la Loi 155  
1040 Brüssel | Belgien  
Fax: +32 280 89 - 947

#### Prognos AG

Schwanenmarkt 21  
40213 Düsseldorf | Deutschland  
Tel.: +49 211 913 16-110  
Fax: +49 211 913 16-141

#### Prognos AG

Heinrich-von-Stephan-Str. 23  
79100 Freiburg | Deutschland  
Tel.: +49 761 766 1164-810  
Fax: +49 761 766 1164-820

#### Prognos AG

Nymphenburger Str. 14  
80335 München | Deutschland  
Tel.: +49 89 954 1586-710  
Fax: +49 89 954 1586-719

#### Prognos AG

Eberhardstr. 12  
70173 Stuttgart | Deutschland  
Tel.: +49 711 3209-610  
Fax: +49 711 3209-609

---

[info@prognos.com](mailto:info@prognos.com) | [www.prognos.com](http://www.prognos.com) | [www.twitter.com/prognos\\_ag](https://www.twitter.com/prognos_ag)

---

## Inhaltsverzeichnis

---

<b>1</b>	<b>Herausforderungen, strategische Ziele und Handlungsbereiche</b>	<b>- 1 -</b>
<b>2</b>	<b>Strukturpolitische Lösungen ermöglichen</b>	<b>- 7 -</b>
<b>3</b>	<b>Entwicklungsansätze für die Reviere</b>	<b>- 12 -</b>
3.1	Mitteldeutsches Revier	- 12 -
3.2	Lausitzer Revier	- 21 -

---

# 1 Herausforderungen, strategische Ziele und Handlungsbereiche

---

Die Bundesregierung verfolgt im Rahmen der nationalen, europäischen und der im **Pariser Klimaabkommen vereinbarten Klimaschutzziele**, das Ziel, bis 2050 in Deutschland eine weitgehend treibhausgasneutrale Wirtschaft und Gesellschaft zu erreichen. Mit der Umsetzung des Klimaschutzplanes wird sich der Strukturwandel in vielen Regionen und Wirtschaftsbereichen beschleunigen, insbesondere im Sektor der Energieerzeugung. Die damit einhergehenden Veränderungen dürfen nicht einseitig zu Lasten der kohlestromerzeugenden Regionen gehen, müssen vielmehr Chancen für eine nachhaltige wirtschaftliche Dynamik mit qualitativ hochwertiger Beschäftigung eröffnen. Diese sollten aktiv genutzt und so Strukturbrüche sowie Einschränkungen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit vermieden werden.

Nach dem Zwischenbericht hat die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (KWSB) bis Dezember 2018 einen Abschlussbericht zu erstellen. Für den Freistaat Sachsen sind bislang die genehmigten Revierkonzepte der Betreiberunternehmen, die bis etwa Mitte der 2040er-Jahre reichen, der relevante Bezugspunkt für die Laufzeiten der Tagebaue und Kraftwerke. Die Rohstofflagerstättensituation hätte eine nachfolgende Betriebsplangeneration ermöglicht. Gemäß des Einsetzungsbeschlusses zur KWSB müssen den von einem möglichen Braunkohleausstieg betroffenen Regionen „**Chancen für eine nachhaltige wirtschaftliche Dynamik mit qualitativ hochwertiger Beschäftigung**“ eröffnet werden. Ein Ausstieg aus der Kohleverstromung muss von einer **präventiven Förderung der Strukturentwicklung** begleitet werden, damit der Ausstieg fair und ohne Strukturbrüche vollzogen werden kann.

Der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung ist auf bundespolitische Entscheidungen mit dem Ziel der Verringerung der Kohlendioxidemissionen zugunsten des Klimaschutzes zurückzuführen. Die **negativen Folgen** des damit verursachten Strukturwandels zeigen sich allerdings **räumlich besonders in den Revieren**, so dass eine angemessene Kompensation durch die Finanzierung von Zukunftsinvestitionen für die Reviere durch den Bund erforderlich ist.

Bereits 2017 beschlossen die Landesregierungen des Freistaates Sachsen und des Landes Brandenburg ein Grundsatzpapier für die Strukturentwicklung in der Lausitz. Im März 2018 bekannte sich die Sächsische Staatsregierung zu einer aktiven Strukturentwicklung in den beiden sächsischen Braunkohleregionen. Zum 24.9.2018 lag ein gemeinsames Diskussionspapier von Sachsen-Anhalt, Sachsen und Akteuren des Mitteldeutschen Reviers vor. Aufbauend auf diesen Vorarbeiten hat die Sächsische Staatsregierung die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB) beauftragt, einen **Aktionsplan mit Forderungen gegenüber dem Bund** zu konzipieren. Die SAB hat zur Erfüllung dieses Auftrags in Absprache mit der Sächsischen Staatskanzlei und dem Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr beschlossen, die Prognos AG in die Erstellung eines umsetzungsfähigen Handlungsleitfadens mit Empfehlungen für einen Aktionsplan für die Strukturentwicklung des sächsischen Teils des Lausitzer und des Mitteldeutschen Reviers eingebunden.

Zunächst beschreibt das Papier die besondere **Herausforderung** des Strukturwandels für die sächsischen Reviere und erläutert die Prinzipien und strategischen Ziele der geplanten Strukturentwicklung. Anschließend werden vier **Handlungsbereiche** abgeleitet, die die Zukunftsinvestitionen strukturieren. Danach wird auf die **Rahmenbedingungen**, inklusive der nötigen

finanziellen Ausstattung für die Strukturentwicklung, eingegangen, die nötig sind, um **strukturpolitische Lösungen** für die sächsischen Braunkohlereviere zu ermöglichen. Abschließend werden jeweils für das Lausitzer und das Mitteldeutsche Revier erste mögliche **Zukunftsbilder und Entwicklungsansätze** aufgezeigt, an denen die geplanten Strukturfördermaßnahmen und Projekte anknüpfen.

## Herausforderung für den Strukturwandel in den sächsischen Braunkohlereviere

Auch wenn die Braunkohleförderung nicht mehr die große wirtschaftliche Dimension besitzt, die sie zu Zeiten der DDR besaß, ist sie in den ostdeutschen Braunkohlereviere nach wie vor ein **prägender und bedeutender Wirtschaftsfaktor**. In den beiden Braunkohlereviere sind aktuell noch über 10.000 Arbeitsplätze direkt von der Braunkohle abhängig.<sup>1</sup> Zusätzlich werden nach konservativer Schätzung etwa weitere 20.000 Arbeitsplätze vom Braunkohlesektor indirekt geschaffen oder induziert, wovon die Hälfte direkt in den Revieren und die andere Hälfte im näheren Umkreis der Reviere zu verorten sind. Insgesamt sind damit mindestens **30.000 Beschäftigungsverhältnisse vom Braunkohlesektor** in Ostdeutschland abhängig. Während der Anteil der Beschäftigten in der Braunkohlewirtschaft an allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Mitteldeutschen Revier nur noch bei rund 0,3 % liegt, beträgt er im Lausitzer Revier noch rund 2 %. Um das Wohlstandsniveau der Menschen in den Revieren zu erhalten, muss die Strukturentwicklung während und nach dem Braunkohleausstieg die Verluste an Arbeitsplätzen und Wertschöpfung mindestens kompensieren. Angesichts der ungünstigen Ausgangslage hinsichtlich der Wirtschaftskraft und der Innovationsfähigkeit der überwiegend ohnehin strukturschwachen Braunkohlegebiete, stehen die beiden Reviere vor großen Herausforderungen. Ein möglicher **vorzeitiger Ausstieg verschärft die Herausforderungen zusätzlich**, z. B. im Hinblick auf die Sicherheit und Amortisationszeiträume von Chemie- und Energieunternehmen Investitionen in ihre Produktionsanlagen zu tätigen, oder auch auf die Bewältigung von Rekultivierungsaufgaben.

Neben den strukturellen Veränderungen durch den Braunkohleausstieg sind die beiden Reviere mit weiteren Herausforderungen konfrontiert. Sachsen und damit auch das Mitteldeutsche Revier stehen vor einem technologischen Umbruch. Die zunehmende Umstellung der für Mitteldeutschland sehr bedeutenden **Automobilwirtschaft auf Elektromobilität** verändert die Wertschöpfungsnetzwerke mit der Konsequenz, dass weniger industrielle Produktionsarbeit benötigt werden wird. Zurzeit arbeiten im Automotivesektor in Sachsen rund 95.000 Menschen, die von dieser disruptiven Veränderung betroffen sein können. Das Lausitzer Revier hat mit Abwanderung und Alterung eine **enorme demografische Herausforderung** zu bewältigen und ist geprägt von der Randlage in Sachsen an der Grenze zu Polen im Osten und im Süden zu Tschechien.

## Strukturwandel neu Denken

Der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung stellt die sächsischen Braunkohlereviere vor besonders schwerwiegende Herausforderungen. Daher müssen die üblichen **Prinzipien für die Unterstützung von Strukturwandelprozessen** in diesem Fall grundlegend verändert werden. Deshalb wäre es wichtig, dass der Bund sich für folgend benannte Regelungen einsetzt.

<sup>1</sup> Die Angaben zu Beschäftigung und Wertschöpfung beziehen sich auf das gesamte Lausitzer und Mitteldeutsche Revier inklusive der Kreise, die außerhalb Sachsens in angrenzenden Bundesländern liegen. Nach Angaben der LEAG, sind in der Lausitz noch rd. 8.000 Menschen direkt beschäftigt, wobei davon rd. 2.500 auf sächsischem Gebiet arbeiten. Eine solche bundeslandscharfe Verteilung der Arbeitsplätze liegt unseres Wissens für das Mitteldeutsche Revier nicht vor.

Um die Reviere vor einer Abwärtsspirale in Folge des Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung zu schützen, ist es besonders wichtig und dringlich, **eine angebotsorientierte Politik statt einer Bedarfsorientierung im üblichen Stil zu verfolgen**. Aufgrund der bereits bestehenden Strukturschwäche und der demografischen Entwicklung können die bestehenden Bedarfskriterien für Infrastrukturinvestitionen in den beiden Revieren häufig nicht in ausreichendem Maße erfüllt werden, da es aktuell und in der derzeitigen Prognose häufig zu wenig potentielle Nutzer für Straßen- oder Schienenverbindungen gibt. Ohne den angebotsorientierten Impuls wird die gewünschte Kompensation der wegfallenden Wertschöpfung nicht erreicht und negative Entwicklungen in den beiden sächsischen Revieren nicht gebremst werden können. Eine moderne und leistungsfähige Digital- (Breitband/5G) und Verkehrsinfrastruktur ist eine Voraussetzung für zukünftige Investitionen von Unternehmen in die Reviere und die Lebensqualität und damit Wohnortwahl der Bürger. Nur durch die vorrangige und **zügige Realisierung der wichtigen Infrastrukturprojekte** können die Reviere attraktiv für Unternehmensansiedlungen und den Zuzug von Fachkräften werden, die nachlaufend dann auch den Bedarf für die entsprechenden Infrastrukturen schaffen. Deshalb sind vom Bund **andere Kriterien bzw. Verfahren für die Priorisierung von Infrastrukturprojekten** in den beiden Revieren anzulegen.

Für schnelle und umfassende Investitionen ist ein **Abbau administrativer Hemmnisse** eine entscheidende Gelingensbedingung. Um günstige finanzielle und (europa-) rechtliche Voraussetzungen für die schnelle Realisierung von Infrastrukturprojekten und die Förderung von Unternehmensansiedlungen und weiteren privatwirtschaftlichen Initiativen zu schaffen, benötigen die Reviere die Unterstützung des Bundes für die **Einführung beschleunigter Genehmigungsverfahren**, für die Verhandlung mit der europäischen Kommission über die Flexibilisierung des Beihilferechts sowie die Bereitstellung von Finanzmitteln durch den Bund, z. B. in Form eines speziellen Strukturentwicklungsfonds.

Auf dem langen und steinigen Weg zu einer erfolgreichen Strukturentwicklung sind bei der finanziellen Unterstützung des Prozesses ein **starker Auftakt und ein langer Atem** gefragt. Zeitlich müssen deshalb zwei Perspektiven unterschieden werden. Einerseits müssen **kurzfristig sichtbare Projekte mit Anschubeffekt** umgesetzt werden, um ein Signal zu senden, dass den Menschen in den Revieren sagt: Wir haben erste starke Impulse für eine positive Entwicklungsrichtung gesetzt. Andererseits muss die Förderung des Strukturwandels eine **langfristige Perspektive und Verbindlichkeit** aufweisen. Die Summe der finanzierten Projekte muss über einen längeren Zeitraum die notwendige Basis für eine erfolgreiche Strukturentwicklung schaffen, um z. B. Unternehmen anzusiedeln und Fachkräfte auszubilden. Allen Beteiligten muss klar sein, dass sich die angestrebte Strukturentwicklung nicht über Nacht vollzieht, sondern eine kontinuierliche Aufgabe für die kommenden Dekaden darstellt. Die kurzfristige und langfristige finanzielle Unterstützung seitens des Bundes sollte verbindlich sichergestellt werden.

Die schwierige Ausgangslage und die enormen Herausforderungen in den sächsischen Braunkohlerevieren erfordern besondere Antworten und Lösungen. Neue Ansätze wie z. B. die Schaffung von **Modellregionen, die Einrichtung von Reallaboren oder die Implementierung von Experimentierklauseln** sollten auch Seitens des Bundes vorgesehen werden.

Gleichzeitig gilt es die **Akteure vor Ort weiterhin einzubinden**, um im Hinblick auf die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen maßgeschneiderte Projekte zu identifizieren und eine Entwicklung im Sinne der Menschen in den Revieren zu gewährleisten. Dafür sind entsprechende Organisationsstrukturen vor Ort in den beiden Revieren zu etablieren, die die Aktivierung und Einbindung dauerhaft ermöglichen. Der **Charakter der Strukturentwicklung als langfristiger**

**Prozess** muss dabei allen Beteiligten stets gegenwärtig sein. Die Einbeziehung der Akteure vor Ort ist ein wichtiger Faktor für das Gelingen und eine wirkungsvolle Möglichkeit, den angestrebten Entwicklungspfad Bottom-up und auf die Bedarfe der Menschen vor Ort zugeschnitten zu gestalten. Die Zivilgesellschaft muss aktiviert und bürgerschaftliches Engagement gestärkt werden.

Der langfristige zeitliche Horizont des angestrebten Strukturentwicklungsprozesses in den Revieren erfordert außerdem ein kontinuierliches **Lernen und Anpassen**. Nicht alle zukünftigen Determinanten des Strukturwandels sind heute bereits ausreichend bekannt, denn Rahmenbedingungen können und werden sich im Laufe der Jahre und Dekaden ändern. Sachsen fordert daher, dass eine regelmäßige Überprüfung - z. B. alle fünf Jahre - der gesetzten Ziele und Maßnahmen möglich ist um auf neue Entwicklungen einzugehen und neue Projekte aufnehmen zu können.

### **Strategische Ziele und Handlungsbereiche für den Strukturwandel in den sächsischen Braunkohlerevieren**

Der Handlungsleitfaden möchte **Chancen** für eine nachhaltige wirtschaftliche Dynamik mit qualitativ hochwertiger Beschäftigung in den beiden sächsischen Revieren **ermöglichen**. Damit diese gewünschte Strukturentwicklung gelingt, sind verschiedene **strategische Ziele zu** verfolgen:

**Stabilisierung und Erhöhung des Wohlstandsniveaus und der Wertschöpfung:** Die Unterstützung des Strukturentwicklungsprozesses muss ihren Fokus darauflegen, diesen Rückgang mindestens zu kompensieren und in den Revieren das Wohlstandsniveau und die Wertschöpfung zunächst zu stabilisieren und perspektivisch zu erhöhen, um den Anschluss an den bundesdeutschen Durchschnitt zu erreichen. Das durchschnittliche BIP-Pro-Kopf betrug im Jahr 2015 in den sächsischen Teilen des Mitteldeutschen Reviers 28.200 € und des Lausitzer Reviers 24.300 € und lag damit weit unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von 37.100 €. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Schaffung von gut bezahlten, wertschöpfungsintensiven (Industrie-)Arbeitsplätzen zu.

**Diversifizierung der Unternehmenslandschaft und Erhöhung der Gründungsintensität:** Die regionale Wirtschaft ist dafür durch die Weiterentwicklung der unternehmerischen Potenziale und eine Diversifizierung der Unternehmenslandschaft zu stärken. Dabei spielt neben der Ansiedlung von Unternehmen auch die Erhöhung der Gründungsintensität eine wichtige Rolle, um regionale Wertschöpfungsketten zu erweitern und zu vertiefen. Die Gründungsintensität liegt aktuell, abgesehen von der Stadt Leipzig, die den Anschluss halten kann, in den sächsischen Kreisen der Braunkohlereviere nur bei rund 60 % des deutschen Durchschnitts.<sup>2</sup> Ein Anknüpfen an bestehenden Stärken und Potenzialen der Reviere erhöht die Wahrscheinlichkeit dauerhafte positive Effekte für die Region zu erzielen und eine sich selbst tragende Entwicklung anzustoßen.

**Steigerung der Innovationsfähigkeit:** Für die Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und die Unterstützung des Strukturwandels sind Innovationen von zentraler Bedeutung. Der Anteil der FuE-Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten beträgt z. B. in den sächsischen Kreisen der Braunkohlereviere mit 0,4 % etwa nur ein Drittel des deutschen Durchschnitts.<sup>3</sup> Die Steigerung der Innovationsfähigkeit der Unternehmen wirkt als Wachstumstreiber und ist ein wichtiger Faktor für die Sicherung von Wertschöpfung und Beschäftigung in den Revieren. Dabei müssen die

<sup>2</sup> Daten des ZEW zur Gründungsintensität für den Zeitraum 2013-2016.

<sup>3</sup> Anteil des FuE-Personals (VZÄ) 2013 an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Juni 2013.



regionalen Innovationssysteme gestärkt und als Ganzes betrachtet werden. Eine Förderung muss an allen Akteursgruppen (Forschungseinrichtungen, Hochschulen, Unternehmen und Intermediären) ansetzen und den Transfer und die Kooperation unter den Akteuren stärken, um einen Nährboden für Innovationen zu schaffen und die Innovationsdynamik zu verbessern. Auch hier gilt es an bestehende Kompetenzen anzuknüpfen und diese auszubauen, zu erweitern und zu diversifizieren. Für Innovationspotenziale und die wissenschaftliche und technologische Leistungsfähigkeit der Reviere ist eine adäquate Qualifizierung der Mitarbeiter eine entscheidende Voraussetzung.

**Verbesserung der Fachkräfteverfügbarkeit:** Vor dem Hintergrund der schwierigen demografischen Entwicklung in den Revieren muss ebenfalls ein Augenmerk auf die langfristige Sicherung und Verbesserung der Fachkräfteverfügbarkeit gelegt werden, um die Reviere als Wirtschafts-, Wissenschafts- und Forschungsstandort attraktiv zu gestalten. Der Anteil der Beschäftigten je tausend Arbeitnehmer in jenen durch die Bundesregierung definierten Zukunftsfeldern liegt in Sachsen mit unter 30 Beschäftigten unter dem deutschen Durchschnitt. Es ist somit auch daran zu denken, die Reviere attraktiver für den Zuzug von Hochqualifizierten, WissenschaftlerInnen und ForscherInnen zu gestalten.

**Verbesserung der digitalen Infrastruktur:** Im Zuge der Digitalisierung ist eine leistungsfähige digitale Infrastruktur ein bestimmender Standortfaktor für Unternehmensentscheidungen und eine zentrale Voraussetzung für die Anwendung innovativer Technologien. In den sächsischen Braunkohlerevieren besteht ein erheblicher Nachholbedarf bei der Ausstattung mit leistungsfähiger digitaler Infrastruktur (kabelgebunden und mobil), um in den Revieren die digitale An- und Einbindung zu verbessern und einen erfolgreichen Strukturwandel zu unterstützen. Im Digitalisierungskompass 2018<sup>4</sup> fallen mit Ausnahme der Stadt Leipzig (mit der Bewertung „sehr gute Chancen“) alle Kreise der sächsischen Braunkohlereviere in die Kategorie „weniger gute Chancen“ und der Kreis Görlitz sogar in die Kategorie „schlechte Chancen“. So verfügen in Nordsachsen nur 77,2 Prozent aller Unternehmen über eine Breitbandanbindung mit mehr als 50 Mbit/s. In Görlitz fällt die Quote auf 47,0 Prozent ab.<sup>5</sup>

**Verbesserung unternehmensbezogener Infrastruktur:** Auch eine Verbesserung unternehmensbezogener Infrastruktur ist ein wichtiger Beitrag zum Gelingen des Strukturwandels. Nur wenn eine gute Verfügbarkeit an adäquat ausgestatteten Industrie- und Gewerbeflächen in den Revieren gewährleistet ist, kann die Ansiedlung neuer Unternehmen gelingen. Dabei spielen insbesondere große Industrie-Flächenareale eine besondere Rolle, da in den sächsischen Revieren (wie auch im gesamten Freistaat) ein akuter Mangel an solchen Flächen herrscht, um bedeutsame Ansiedlungsprojekte schnell umsetzen zu können. Eine angebotsorientierte Vorhaltung einer Mindestanzahl solcher Flächen kann bei großen Investitionsprojekten ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen Regionen sein. Eine besondere Chance bietet in diesem Zusammenhang langfristig die (Re-)Aktivierung von Industrieflächen, die nach dem Braunkohleausstieg nach- und umgenutzt werden müssen.

**Verbesserung der Erreichbarkeit:** Ein weiterer wichtiger Standortfaktor ist die Erreichbarkeit der Reviere, die dringend zu verbessern ist. Im Schnitt ist die nächste Autobahnauffahrt in Sachsen rund 19 Minuten entfernt, in den hier betrachteten Regionen ist selbst dies nicht für jeden Ort real gegeben.<sup>6</sup> Einerseits erschließt eine flächendeckend gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur den Unternehmen neue logistische Möglichkeiten, andererseits vergrößert sie in Kombination mit

<sup>4</sup> Prognos AG und index GmbH: Digitalisierungskompass 2018.

<sup>5</sup> Prognos AG und index GmbH: Digitalisierungskompass 2018.

<sup>6</sup> BBSR Bonn: INKAR 2018.

einem guten ÖPNV-Angebot auch den Raum, in dem die Unternehmen Fachkräfte finden können. Ebenso ist eine verbesserte Erreichbarkeit eine Chance, Wohnbevölkerung in den Revieren zu halten.

**Verbesserung der Daseinsvorsorge und Lebensqualität:** Insgesamt bleibt die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen vor Ort und die Stärkung der Attraktivität der Reviere als Wohn- und Arbeitsort eine wichtige Aufgabe der Strukturentwicklung. Insbesondere junge Menschen und Fachkräfte werden nur eine Perspektive für sich und ihre Familie in den Revieren sehen, wenn soziale Infrastrukturen in angemessener Qualität und Entfernung vorhanden sind und die Daseinsvorsorge auch zukünftig gesichert ist. Dazu gehört z. B. eine angemessene Grundversorgung der Bevölkerung mit Ärzten, Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen. Mit im Schnitt 629 Patienten pro Arzt sind die Kreise der sächsischen Braunkohlereviere unterversorgt.<sup>7</sup> Zur Schaffung eines lebenswerten Wohnumfeldes trägt auch eine Erhöhung des Freizeitwertes durch Angebote für verschiedene Zielgruppen bei. Gleichzeitig bietet dies Anknüpfungspunkte für die Entwicklung der Tourismuswirtschaft, die ergänzend die Beschäftigungsmöglichkeiten in der Region stärken kann.

**Stärkung der regionalen Identität:** Nicht zuletzt profitieren die Reviere im Prozess des Strukturwandels von einer Stärkung der regionalen Identität, die den Zusammenhalt der Menschen vor Ort und ihren Gestaltungswillen fördern. Kulturelle Akteure und Einrichtungen stellen wichtige Identifikationspunkte dar und begünstigen eine aktive Zivilgesellschaft. Die Lausitz verfügt mit der sorbischen Kultur und als Region, die im Dreiländereck Deutschland – Polen – Tschechien im Herzen Europas gelegen ist, über vielfältige kulturelle Potenziale.

Die verschiedenen strategischen Ziele für den Strukturwandel in den sächsischen Braunkohlereviere sollen durch Interventionen in **vier Handlungsbereichen** erreicht werden.

- ❖ Der erste Handlungsbereich **Wirtschaft und Unternehmen** trägt zur Stabilisierung von Beschäftigung, Wohlstandsniveau und Wertschöpfung bei und zielt direkt auf eine Stärkung der Unternehmen und eine Diversifizierung der Unternehmenslandschaft ab.
- ❖ Der zweite Handlungsbereich **Ideen und Dynamik** setzt an der Stärkung der Innovationsfähigkeit und des regionalen Innovationssystems an, um Wohlstand und Wertschöpfung auch in Zukunft halten zu können. Dabei umfasst der Handlungsbereich auch Ansatzpunkte mit Blick auf die Voraussetzungen, die für die Etablierung eines innovativen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts zu verbessern sind. Dazu gehören z. B. Themen wie Fachkräfteverfügbarkeit, Qualifizierung und Gründungen.
- ❖ Der dritte Handlungsbereich **Erreichbarkeit und Versorgung** fasst Ansatzpunkte zusammen, die vorwiegend technische Infrastrukturen betreffen. Diese beeinflussen in erheblichem Maße die Rahmenbedingungen der Reviere als Wirtschaftsstandort und Wohnort, z. B. im Hinblick auf digitale und Verkehrsinfrastrukturen sowie eine adäquate Ausstattung mit Industrie- und Gewerbeflächen.
- ❖ Der vierte Handlungsbereich **Lebensqualität und Attraktivität** umfasst Themen, die ausschlaggebend sind, um den aktuellen negativen demografischen Entwicklungen entgegenzuwirken. So muss Fachkräften und jungen Familien gezeigt werden, dass die Daseinsvorsorge langfristig gesichert ist und die Reviere ein attraktiver Wohnort sind. Gleichzeitig geht es darum, die regionale Identität zu stärken und eine Identifikation der Menschen mit der Region zu schaffen, die ihre Bindung an die Reviere auch nach dem Braunkohleausstieg langfristig aufrechterhält.

<sup>7</sup> Prognos AG für ZDFzeit: Die große Deutschlandstudie 2018.

---

## 2 Strukturpolitische Lösungen ermöglichen

---

Der Umbau des deutschen Energiesystems fordert von allen Partnern eine besondere Anstrengung. Eine politische Entscheidung zum Ausstieg aus der Braunkohleverstromung begründet indes aber auch die politische **Verantwortung** für die daraus resultierenden Folgen. Dem Bund kommt in diesem Zusammenhang eine **gesonderte Fürsorgepflicht** in den vom Strukturwandel betroffenen Braunkohleregionen, insbesondere in den ostdeutschen Revieren vor dem Hintergrund der noch nicht erfolgten Angleichung der Lebensverhältnisse, zu. Als Konsequenz der Erfahrungen aus der deutschen Wiedervereinigung sowie dem Ausstieg aus der Steinkohleförderung ist **Entschlossenheit** und **Zuverlässigkeit** der Bundesregierung für den langwierigen und schwierigen Prozess unerlässlich. Der Freistaat Sachsen und seine Kommunen benötigen **Planungs- und Rechtssicherheit**. Um den notwendigen strukturpolitischen Impuls setzen zu können, müssen besondere Anreize und neue Rahmenbedingungen geschaffen werden.

### Notwendiges Finanzierungsmodell

Die veränderte Dynamik der Strukturentwicklung in den sächsischen Braunkohlerevieren als Folge des geplanten Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung ist in Erweiterung der bisherigen Strukturentwicklungsfinanzierung als **Sonderaufgabe** zu verstehen. Zur Vermeidung von Strukturbrüchen und der diesen inhärenten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Benachteiligung der sächsischen Reviere, darf es **keine Vermengung** - weder inhaltlicher, noch finanzieller Natur - der bisherigen strukturpolitischen Anstrengungen mit den anstehenden Herausforderungen geben. Mehr denn je brauchen die Reviere in den kommenden Jahren eine forcierte, langfristige und zuverlässige finanzielle Kooperation zwischen Bund, Land und Kommunen. Die finanzielle Sicherung der strukturpolitischen Lösungen sollte hierbei in zweifacher Perspektive erfolgen. Für die langfristige, vom Bundeshaushaltsplan unabhängige, jedoch gleichsam flexible Finanzierung des Wandelprozesses in den sächsischen Braunkohlerevieren bedarf es eines aus Mitteln des Bundes bereitgestellten, **ausreichend dotierten Sondervermögens** in Form eines Fonds. Dieser sollte als rechtlich unselbständiges Sondervermögen ausgestaltet sein und würde die Überjährigkeit und Kontinuität der Mittelbereitstellung gewährleisten. Durch die flexible Ausgestaltung des Fonds lassen sich dynamische, zwischenzeitliche Anpassungen beim Plan zur Entwicklung der Reviere effektiv berücksichtigen. Das für die Errichtung eines Sondervermögens erforderliche Errichtungsgesetz muss die Festlegung des gesamten Mittelvolumens, die Dauer des Fonds und die Verwendungszwecke der Bundesmittel regeln. Sachsen wiederum stellt den regelkonformen Fördervollzug bzw. die regelkonforme Verwendung der Mittel aus dem Sondervermögen durch eine zuständige sächsische Institution sicher, die die über umfassende Kenntnisse des Fördervollzugs verfügt. Diese Institution koordiniert die Maßnahmen und bezieht die lokalen Akteure aktiv in die Erstellung der Maßnahmenpläne mit ein. Sie fungiert als Bewilligungsstelle für Projektanträge aus dem Sondervermögen. Antragssteller können private oder kommunale Akteure sein. Weiterhin stimmt sich die Institution bei der Mittel- und Vorhabensplanung für sächsische oder grenzübergreifende Projekte in einem Koordinierungsgremium mit dem Bund, den entsprechenden Länderinstitutionen aus Brandenburg (für das Lausitzer Revier) und aus Sachsen-Anhalt und Thüringen (für das mitteldeutsche Revier) ab.

Dies ist indes die langfristige Lösung eines vorausschauenden politischen Agierens. Der Bund und das Land müssen als verantwortungsvolle politische Akteure für die Menschen der Region darüber hinaus **zeitnah und kurzfristig ein Zeichen setzen**, dass ihre Heimat auch nach dem Ende der Braunkohleförderung lebenswert und identitätsstiftend ist und bleibt. Dieses Signal muss jetzt gegeben werden. Als erster Impuls für den Strukturentwicklungsprozess bedarf es aus diesem Grund der **schnellstmöglichen Umsetzung erster Projekte** als deutliches Zeichen des Aufbruchs. Dafür sollte **fondsunabhängig ein separates Budget** im unteren mittleren dreistelligen Millionenbereich zur Verfügung gestellt werden.

### Notwendige rechtliche Voraussetzungen

Für die erfolgreiche Umsetzung des langwierigen Strukturentwicklungsprozesses ist eine rechtlich verankerte **Verbindlichkeit in Form eines Gesetzes** unabdingbar. So sollte der Entwicklungsprozess etwa in Anlehnung an das Berlin/Bonn Gesetz, ergänzt um eine Vereinbarung über die Ausgleichregelungen juristisch fundiert und von einem Planungs- und **Umsetzungsbeschleunigungsgesetz** flankiert werden, das dieser Mehrgenerationenaufgabe gerecht wird. Die **Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung für öffentliche Infrastruktur** in Anlehnung an das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz<sup>8</sup> sowie Verwaltungsvereinfachung sind im Hinblick auf die langfristigen Realisierungszeiten grundlegende Gelingensbedingungen von höchster Priorität.

Zur Verbesserung der Standortattraktivität sind **Sonderregelungen zur Verbesserung kritischer Entwicklungsdeterminanten** unabdingbar. Lebensqualität und Standortattraktivität in den Regionen hängen maßgeblich von deren Erreichbarkeit ab. Den Verkehrsprojekten in den sächsischen Braunkohleregionen sollte somit in Planung und Umsetzung, gleichsam in kooperativer Umsetzung zwischen dem Bund, dem Land und den Kommunen **Vorrang** eingeräumt werden. Um den angebotsorientierten Infrastrukturansatz umzusetzen, sollten die Verkehrsprojekte außerhalb des bestehenden Priorisierungsverfahrens des **Bundesverkehrswegeplanes** als besonders dringende und schnell umzusetzende Vorhaben, welche sich per Gesetz im überwiegenden öffentlichen Interesse befinden, eingestuft und mit entsprechenden Finanzmitteln untermittelt werden. Eine Angebotspolitik kann nur funktionieren, wenn die Kommunen in der Finanzierung der Projekte entweder keinen Eigenanteil leisten müssen oder sie finanziell entsprechend ausgestattet werden.

Neue und weitreichende Investitionsanreize können nur gesetzt werden, wenn hierfür die **EU-rechtlichen Rahmenbedingungen** eine entsprechende Flexibilisierung erfahren. Hierfür sollte sich der Bund auf EU-Ebene einsetzen. So würde etwa die Aushandlung eines **Beihilferegimes** mit höheren Beihilfesätzen für die betroffenen sächsischen Braunkohleregionen die Erfolgchancen des Wandlungsprozesses entscheidend verbessern.

In Ergänzung dazu sollte sich der Bund bei der Generaldirektion (GD) „Wettbewerb“ für die **(Prä-)Notifizierung** eines Maßnahmenpakets einsetzen und die Unabdingbarkeit, bei gleichzeitiger Temporarität, einer zusätzlichen Lockerung des Beihilferegimes betonen. Mit diesem Schritt wären die beiden Reviere gleichsam **Pilotregionen** für einen erfolgreichen Strukturwandel.

Zudem sollten im Zuge anstehender Novellierungen strukturwandelbezogene Themen und Positionen eingebracht werden. So hat etwa die GD Wettbewerb mit Blick auf das anstehende Konsultationsverfahren zur Änderung der **Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung** ab dem Jahr 2021 Veränderungsbereitschaft signalisiert. Hier soll ein **Freistellungstatbestand** für

<sup>8</sup> Gesetz zur Beschleunigung der Planungen für Verkehrswege in den neuen Ländern sowie im Land Berlin.

Vorhaben geschaffen werden, die gemeinsam aus Mitteln der EU und deren Mitgliedsstaaten finanziert werden. Darüber hinaus ist die Aufnahme eines Freistellungstatbestands für Projekte der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit geplant.

Mit Blick auf die Novellierung der **Regionalleitlinien** zum Jahr 2021 sollte der Bund zudem mindestens die notwendige Beibehaltung der bestehenden Regelungen erzielen. Zur Plausibilisierung einer, neben C- und A-Fördergebieten bestehenden, **dritten Kategorie** für durch Strukturwandlungsprozesse gekennzeichnete Regionen sollen vom Bund zudem Argumente für deren Statuierung erbracht werden.

Zusätzlich soll in den verschiedensten **Förderprogrammen des Bundes ein Revierbonus** eingeführt werden, um aus den Revieren beantragte Projekte von vorne herein höher zu priorisieren.

Der Bund trägt hinsichtlich der Rahmenbedingungen für die Strukturentwicklung im Zuge des Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung die Hauptverantwortung. Infolge der bundespolitischen Entscheidung muss dieser die Kosten zur Behebung möglicher Schäden und Nachteile, respektive für mögliche Wiedernutzbarmachungs- sowie Sanierungsbedarfe aus der Braunkohleverstromung und der mit dieser einhergehenden Bergbautätigkeit im vollem Umfang tragen, sofern diese nicht durch die Bergbauunternehmen kompensiert werden können. Diese Pflicht zur Wiedernutzbarmachung und Sanierung bezieht sich auch auf die Wiederherstellung eines ausgeglichenen Wasserhaushalts. Ferner sollten Bundesmittel zur Verfügung stehen, um in den Braunkohlerevieren investitionsbereite Unternehmen von etwaigen braunkohlebedingten Altlastenbeseitigungskosten vollumfänglich zu befreien.

## Der Bund als Investor

Zur Erhöhung der Standortattraktivität der Kommunen in den Revieren ist vom Bund dauerhaft ein hoher Beitrag zur **Finanzierung der Daseinsvorsorge und der kommunalen Infrastruktureinrichtungen** zu leisten. Dies betrifft z. B. die Finanzierung einer angemessenen Grundversorgung der Bevölkerung mit ÖPNV, Krankenhäusern, Ärzten, Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen, aber auch die Finanzierung von sofort vermarktbareren Gewerbe- und Industrieflächen. Die sächsischen Kommunen können dies nicht aus eigener Kraft leisten. Außerhalb der urbanen und an diese unmittelbar angrenzenden Gemeinden ist die kommunale Steuerkraft in den sächsischen Gemeinden zu gering, um regionalpolitische Initiativen durch kostenintensive Maßnahmen selbst zu flankieren.

Als Unterstützung der Strukturentwicklung und einen wichtigen ersten sichtbaren Schritt sind neu zu gründende **Bundesbehörden** und **Bundesunternehmen** in den sächsischen Braunkohlerevieren zu errichten und bereits bestehende **Bundeseinrichtungen** dorthin zu verlagern.

Vom Bund wird ein stärkeres Engagement in Bezug auf die Ansiedlung und Erweiterung von **innovations- und technologie-transferbezogenen FuE-Einrichtungen** in den betroffenen Revieren erwartet. Nur so können sich moderne Technologien auch in Form von Investitionen und wertschöpfungsintensiven Arbeitsplätzen etablieren und zu einem neuen Anker für die betreffenden Regionen werden.

Lebensqualität und Standortattraktivität hängen zudem in entscheidendem Maß von der **Qualität** der vorhandenen **digitalen Infrastruktur** ab. Doch auch nach Abschluss der laufenden Förderprojekte bis zum Jahr 2025 aus der Digitaloffensive Sachsen werden in den

Braunkohlereviere des Freistaats Gebiete verbleiben, die mit keiner belastbar gigabitfähigen Infrastruktur versorgt sind und damit hinter dem Bundesdurchschnitt zurückbleiben. Staatliche Eingriffe sind sodann dort unerlässliche, wo der marktgetriebene Ausbau nicht das notwendige Niveau erreicht. Hierfür ist eine Anpassung der NGA-Definition durch die EU-Kommission notwendig, für welche sich der Bund einsetzen sollte. Zudem muss der Bund in das Breitbandnetz in den unterversorgten Gebieten der Braunkohlereviere investieren. Bereits die heute bekannten technischen Entwicklungen werden in den kommenden Jahren Fortschritte hervorbringen, denen mit notwendigen Strukturanpassungen vorausschauend begegnet werden muss. So wird der nächste **Mobilfunkstandard 5G** gegenüber der jetzigen Technik völlig neue, interaktive und smarte Anwendungen im Bereich des IoT (Internet of Things) sowie des Autonomen und Automatisierten Fahrens eröffnen. Der **Mobilitätswandel** wird weiter an Bedeutung gewinnen und nicht bei der E-Mobilität zum Stehen kommen. Diese Chancen gilt es, etwa durch **entsprechende Netzabdeckungen** und **infrastrukturelle Anpassungen**, in die sächsischen Reviere zu tragen, um Anreize für die diesbezügliche Ansiedlung von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen sowie Unternehmen zu setzen.

## Finanzielle Größenordnung

Die Ermittlung des für die Strukturentwicklung in den Braunkohlereviere notwendigen Investitionsbedarfes ist aufgrund der historischen Singularität der Aufgabe mit einer hohen Unsicherheit verbunden. Eine Möglichkeit sich der Frage zu nähern, besteht in einem Vergleich mit ähnlichen Prozessen in anderen Regionen und der Übertragung der gewonnen Erkenntnisse auf die Strukturentwicklung in den Braunkohlereviere (historisch-vergleichender Ansatz). Hierfür bieten sich bspw. der Steinkohleausstieg im Ruhrgebiet oder die Deutsche Einheit als Orientierungspunkte an. Auch wenn sich diese Prozesse in Gänze nicht miteinander vergleichen lassen, gewinnt man zumindest eine Orientierung über mögliche finanzielle Größenordnungen.

Die Strukturentwicklung in einer von Strukturbrüchen gekennzeichneten Region ist eine langfristige Aufgabe. Erfahrungen aus dem Aufbau-Ost oder mit dem Ausstieg aus der Steinkohle im Ruhrgebiet zeigen, dass sich Strukturentwicklungsprozesse über 30 Jahren hinziehen können.

So legte das Land NRW vor 50 Jahren das „**Entwicklungsprogramm Ruhr**“ als erstes Programm einer aktiven Strukturpolitik auf. Das Entwicklungsprogramm Ruhr hatte als übergeordnetes Ziel, neue Industriearbeitsplätze im Ruhrgebiet zu schaffen sowie die oftmals kaum abgestimmten Einzelmaßnahmen zu bündeln und die sektorale Strukturpolitik, um neue Formen regionaler Strukturpolitik zu ergänzen. Für dieses Programm standen für einen Zeitraum von fünf Jahren rd. 17 Milliarden DM (entspricht rd. 1,7 Mrd. € pro Jahr in damaligen Preisen) zur Verfügung, welche aus den Haushalten des Bundes, des Landes, der Europäischen Gemeinschaft und der Bundesanstalt für Arbeit bereitgestellt wurden (vgl. Heinze/Hilbert et al. 1996). Danach wurden die Förderansätze und Fördergegenstände mehrfach verändert und die für die Strukturpolitik eingeplanten Mittel nahmen deutlich ab. Die Landesregierung legte bspw. verschiedene Technologie Förderprogramme auf, welche allesamt auf das Ruhrgebiet ausgerichtet waren. All diese Förderprogramme mit Ausnahme des Technologieprogrammes Stahl gingen 1980 in das Aktionsprogramm Ruhr über. Das Aktionsprogramm Ruhr hatte im Zeitraum von 1980 bis 1984 einen Umfang von 6,9 Milliarden DM, von denen mit 5,1 Milliarden DM ein Großteil aus Landesmitteln bestritten wurde.

Die gesamten **Kosten der deutschen Einheit** belaufen sich nach Schätzungen des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin für den Zeitraum von 1991 bis 2014 auf insgesamt rd. 2 Billionen Euro, was einem jährlichen Durchschnittsbetrag in Höhe von rd. 143 Milliarden Euro entspricht. Diese Größe beinhaltet alle Transferzahlungen (Transfers über die Sozialsysteme,

Solidarpakt, Wirtschaftsförderung aus Bundesmitteln, Länderfinanzausgleich, EU-Fördermittel, etc.). Betrachtet man nun nur die wachstumsfördernden Maßnahmen im Rahmen des Aufbau-Ost, so flossen nach Angaben des Dresdner ifo-Instituts im Zeitraum von 1991 bis 2013 zwischen 8 und 14,5 Milliarden jährlich in die ostdeutschen Länder.

Ein weiterer Weg der Annäherung kann über die Ausgaben für Wirtschaftsförderung (wirtschaftsnahe Infrastruktur und Investitionszuschüsse für die gewerbliche Wirtschaft) im Rahmen der **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“** (GRW) liegen. Seit 1990 wurden in den beiden sächsischen Braunkohlerevieren insgesamt rd. 3,9 Mrd. Euro verausgabt. Davon flossen rd. 2,2 Milliarden Euro in die Förderung der gewerblichen Wirtschaft und führten zu Investitionen in Höhe von insgesamt rd. 12,2 Milliarden Euro. Damit wurden über die GRW pro Jahr rund 450 Mio. Euro in den sächsischen Braunkohlerevieren investiert.

Da keine eigene Studie für die Ermittlung des Finanzbedarfs erstellt wurde, mussten bei der Überprüfung der Übertragbarkeit der Beispiele auf die heutige Situation in den sächsischen Braunkohlerevieren einige Bedingungen außer Acht gelassen werden. Dazu zählen bspw. die Vergleichbarkeit der Finanzierungsanlässe und die anzusetzende Dauer der Strukturhilfen. Für die Aufbringung der Finanzmittel für die Investitionen sind die staatlichen Akteure und die private Wirtschaft verantwortlich.

Ein weiterer Weg zur Einschätzung des notwendigen Investitionsbedarfes liegt in der Ermittlung des durch den Braunkohleausstiegs entstehenden Wertschöpfungsverlustes. Die **Ermittlung der Wertschöpfungsverluste** ist an zahlreiche Variablen geknüpft. Laut DEBRIV ist ein Arbeitsplatz in der Braunkohlewirtschaft mit rd. 300.000 Euro an direkter und indirekter Wertschöpfung pro Jahr verbunden. Die 10.000 direkten Arbeitsplätze in den ostdeutschen Revieren stehen damit heute für eine jährliche Wertschöpfung in Höhe von 3 Milliarden Euro. Studien variieren allerdings auch die Kennzahl zur direkten und indirekten Wertschöpfung eines Arbeitsplatzes aus der Braunkohlewirtschaft. Andere Studien unterstellen niedrigere direkte und indirekte Wertschöpfungen pro Arbeitsplatz.

Aus **Sicht des Freistaates** Sachsen sind die genehmigten Revierkonzepte der Betreiberunternehmen, die bis etwa Mitte der 2040er-Jahre reichen, ein relevanter Bezugspunkt für die Laufzeiten der Tagebaue und Kraftwerke. Die Rohstofflagerstättensituation hätte nach Auffassung des Freistaates Sachsen zudem eine nachfolgende Betriebsplangeneration ermöglicht.

Wie genau sich die Nutzung der Braunkohle und damit die entsprechende Wertschöpfung in den nächsten Jahrzehnten entwickeln wird, hängt von vielen Parametern ab. Die Beschlüsse der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung werden voraussichtlich den Kohleausstieg im Vergleich zur erwarteten Entwicklung beschleunigen. Damit erfolgt auch der Rückgang der Wertschöpfung schneller, als ohne Beschluss der sog. Kohlekommission (KWSB).

In den Revieren selbst ist der Ausstieg aus der Braunkohlewirtschaft insgesamt diejenige Entwicklung, der es mit regionalpolitischen Maßnahmen zu begegnen gilt. Die Wertschöpfung der Braunkohlewirtschaft insgesamt ist zu ersetzen durch neue Wertschöpfung, wenn man den Menschen in den Revieren eine Zukunft geben möchte. Nach **Auffassung des Freistaates** Sachsen ist demzufolge eine finanzielle Größenordnung von 60 Mrd. Euro zur Absicherung des Strukturwandels in den ostdeutschen Braunkohlerevieren seitens des Bundes notwendig.

---

## 3 Entwicklungsansätze für die Reviere

---

Der Strukturwandlungsprozess in Folge des geplanten Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung stellt die sächsischen Braunkohleregionen vor die Herausforderung, dieser Entwicklung mit einer Strategie zu begegnen und sich der Frage zu stellen, wie sich die **Zukunft in den Revieren** des Freistaats vor diesem Hintergrund gestalten soll und welche Handlungsansätze und Maßnahmen zur Strukturentwicklung in den vier Handlungsbereichen umgesetzt werden müssen, um einen durch den Ausstieg aus der Braunkohle verursachten Strukturbruch zu verhindern.

Die im Folgenden genannten Handlungsansätze und Maßnahmen sind im **Dialog zwischen den Akteuren in den Revieren und der Staatsregierung** entstanden. Es werden erste Vorschläge genannt, deren Umsetzung für die Reviere wichtige Impulse für die Strukturentwicklung bringen würde. Zu diesem frühen Zeitpunkt ist es eine Momentaufnahme unter Einbeziehung der regionalen Akteure. Es kann aus diesem Grund **noch nicht der Anspruch sein, einen vollständigen und abschließenden Maßnahmenkatalog zu nennen**. Diesen gilt es im weiteren Prozess in den Revieren zu erarbeiten, zu konkretisieren und im Zeitverlauf anzupassen.

Für die Umsetzung der Maßnahmen zur Bewältigung eines solch tiefgreifenden und langfristigen Strukturentwicklungsprozess ist **der Bund gefordert die entsprechenden finanziellen Voraussetzungen zu schaffen**.

Im Folgenden werden für das Mitteldeutsche Revier und die Lausitz die für die Strukturentwicklung notwendigen Entwicklungsansätze dargestellt. Jedes Revier wird mit einem Zukunftsbild eingeführt, welches die regionalen Akteure partizipativ in Workshops entwickelt haben. Das Zukunftsbild benennt strukturelle Elemente, welche die Reviere im Jahr 2045 ausmachen können und gibt somit eine Orientierung. Es ersetzt aber nicht ein in einem umfassenden Strategieprozess entwickeltes Leitbild.

### 3.1 Mitteldeutsches Revier

**Zukunftsbild:** Das Mitteldeutsche Revier verfolgt in seinem Zukunftsbild die Vorstellung eines innovativen Industriestandortes mit digitalisierten Wertschöpfungsketten, einer zukunftsfesten Mobilitätsbranche und einem weiterhin starken Chemieverbund. Als international anerkannte und exzellente Wissens-, Forschungs-, Transfer- und Bildungsregion verfügt das Mitteldeutsche Revier über eine leistungsstarke Infrastruktur für Leben, Arbeiten und Wirtschaften. Gleichzeitig nimmt das Revier eine hohe Lebensqualität aus dem ineinandergreifen bzw. der Vernetzung städtischer und ländlicher Räume mit lebenswerten Quartieren. Das Mitteldeutsche Revier wird anerkanntes Vorbild einer leistungsstarken und flexiblen Verwaltung (Governance) sowie für ein klimaangepasstes Landnutzungsmanagement.



## Erreichbarkeit und Versorgung

Eine hochwertige Ausstattung mit Verkehrs- und digitaler Infrastruktur ist für die Strukturentwicklung im Mitteldeutschen Revier von herausragender Bedeutung und Grundvoraussetzung für eine positive wirtschaftliche Entwicklung. Es gilt hier kurzfristig Investitionsentscheidungen vorzubereiten und finanziell zu hinterlegen, damit die auf der Zeitachse eher langfristigen Vorhaben schnellstmöglich in die Umsetzung kommen und Signale des Aufbruchs für unternehmerische Entscheidungen gesetzt werden. Eine vorrangige Behandlung der Verkehrs- und digitalen Infrastruktur ist daher der wichtigste Baustein für die kommende Strukturentwicklung. Für das Mitteldeutsche Revier geht es darum die überregionale Erreichbarkeit der Region sowie die Vernetzung der Grund- und Mittelzentren untereinander und mit Leipzig zu verbessern.

Die digitale Infrastruktur soll flächendeckend gigabitfähige Leistung zur Verfügung stellen. Die digitale Infrastruktur steht in enger Verbindung zu den technisch und digitalorientierten Zukunftsbildern des Reviers. Eine überdurchschnittlich gute Internetanbindung anbieten zu können, ist zu gleich ein wirtschaftlicher Standortfaktor, der im internationalen Wettbewerb entscheidend ist. Damit wäre ein Standortfaktor geschaffen, den die ebenfalls in Umbrüchen befindlichen und von einem Braunkohleausstieg betroffenen Industrien (Fahrzeugbau, chemische Industrie) zu einer Standorttreue bewegen kann.

Folgende Maßnahmen sollten mit finanzieller Unterstützung des Bundes umgesetzt werden:

### Verkehrsinfrastruktur

**Fernstraßenverbindung MILAU (Mitteldeutsches Revier-Lausitz):** Bau einer neuen Ost-West-Straßenverbindung im Freistaat Sachsen als Verbindungsmagistrale zwischen dem Mitteldeutschem und dem Lausitzer Revier, welche die infrastrukturellen Voraussetzungen für wirtschaftliche Neuansiedlungen in Mitteldeutschland und der Lausitz schafft. Die hauptsächlich durch den Ausbau bestehender Bundesstraßen zu realisierende Verkehrsachse entlastet zugleich die A4 und A14 und damit internationale Transportwege.

**Ausbau der Schienenverkehrsverbindungen des Mitteldeutschen Reviers:** Für die Attraktivität des Mitteldeutschen Reviers ist eine gute Anbindung an Leipzig sowie eine enge Vernetzung innerhalb des Reviers wichtig. Im Sinne einer nachhaltigen Mobilität ist vor allem die Schienenverkehrsbindung zu verbessern. Engere Taktungen, S-Bahn-Ausbau, Streckenelektrifizierungen sowie neue, innovative Mobilitätskonzepte sind möglichst schnell umzusetzen. Die folgenden Projekte stellen beispielhaft aber nicht abschließend wichtige strukturpolitische Elemente dar, weil die Region dadurch verstärkt von der Wirtschaftsdynamik der Stadt Leipzig profitieren kann.

- **Investitionen in den Engpass City-Tunnel Leipzig (CTL):** Der CTL weist schon heute hohe Fahrgastzuwächse auf. Um diese in Zukunft effektiver nutzen können, ist eine Taktverdichtung des Zugverkehrs nötig. Hierfür ist es Grundvoraussetzung, dass die örtliche Eisenbahnsicherungstechnik im Tunnel schnellstmöglich aufgerüstet wird.
- **Anbindungsverbesserung Leipzig:** Eine bessere Taktung ist für Attraktivität des Mitteldeutschen Reviers unerlässlich. Auf der Strecke nach Chemnitz und mit Umstieg in Geithain nach Borna, besteht aktuell eine stündliche Taktung. Mit einer 30 Minutentaktung zur Hauptverkehrszeit wird die Erreichbarkeit Leipzigs als Oberzentrum gestärkt sowie Borna und Chemnitz besser miteinander verbunden. Eine zeitnahe Elektrifizierung der Strecke ist dafür zudem unerlässlich.

- **Verlängerung der S-Bahn Richtung Burgenlandkreis.** Um das gesamte Revier besser an Leipzig anzubinden, ist eine Verlängerung der S-Bahn Richtung Burgenlandkreis (Sachsen-Anhalt) langfristig sinnvoll. Eine alternierende Linienführung nach Naumburg und Merseburg bringt nicht nur die Innovationsstandorte Merseburg, Leuna und Buna der Stadt Leipzig näher, sie erschließt auch ein größeres Arbeitskräftepotenzial.
- **Wasserstoffbetriebene Züge.** Der Einsatz von alternativen Antrieben im SPNV ist ein gangbarer Weg die Anbindungen in der Region weiter zu verbessern. Die noch nicht elektrifizierte Strecke wie z.B. Gera-Zeitz-Leipzig eignet sich hierbei als Testfeld. Mit dem Auf- und Ausbau der technischen Infrastruktur, hier vor allem die Errichtung von Tankstellen, können wasserstoffbetriebene Züge bereits zum Jahr 2024/2025 in Betrieb genommen werden.
- **Autonome Busse** als Ruf-Taxi. Die flächendeckende Steigerung der Erreichbarkeit, insbesondere abseits von Ballungszentren, ist zudem mittels selbstfahrender Busse umsetzbar. Dadurch entfällt die Notwendigkeit ausschließlich bestimmte Achsen entlang der Schienenanbindung zu entwickeln. Die flexiblen Bedarfe in den peripheren Lagen lassen sich über ein Ruf-System bedienen. Für den Einsatz der Busse sind alternative Antriebsmöglichkeiten mitzudenken.

**Ausbau des Radwegenetzes:** Die Stärkung des Fahrrads als nachhaltiges, umweltfreundliches und gesundheitsförderndes Transportmittel ist als vorteilhaft zu bewerten, auch weil der Alltagsradverkehrs im Zuge eines nachhaltigen Bewusstseins weiter zunimmt und als Standortfaktor geeignet ist, den Zweit- oder Drittwagen in ländlichen Regionen zu ersetzen. Darüber hinaus profitiert die Region auch touristisch von einem ausgebauten und klassifizierten Radwegenetz. Zur weiteren Förderung des Radverkehrs zwischen dem Wohnort und den örtlichen Zentren der Region ist der Ausbau des bestehenden Radwegenetzes, auch mit Blick auf die Schulwegesituation, an klassifizierten Straßen zu unterstützen.

**Erweiterung des Cargo-Bereichs des Flughafens Leipzig/Halle:** Der Flughafen Leipzig/Halle ist wichtiger Wirtschaftsmotor der Region. Für die Weiterentwicklung, hin zu einem attraktiven Logistikstandort, sind Ausbaumaßnahmen im Bereich der Vorfelder (Vorfelderweiterung für DHL sowie Vorfeld 3) und der Rollwege durchzuführen. Die bereits geplanten Maßnahmen des Flughafens sollen hierbei finanziell flankiert werden.

### Digitale Infrastruktur

**Gigabitfähiger Breitbandausbau:** Neben der Stadt Leipzig müssen auch die umliegenden Landkreise Leipzig und Nordsachsen flächendeckend einen Internetzugang mit mindestens 100Mbit/s gewährleisten können. Wo dieses Ziel durch den marktgetriebenen Ausbau nicht erreicht wird, ist eine Unterstützung durch den Bund unerlässlich.

**Modellregion Mobilfunkstandard 5G:** 5G bildet die Grundlage für viele technische, wirtschaftliche Anwendungen. Das Mitteldeutsche Revier und auch die Lausitz sollten vom Bund als 5G-Testregionen gefördert werden. Im Mitteldeutschen Revier könnte mit der 5G-Technologie bei den diversen Herausforderungen in einer (sub)urbanen Region mögliche Anwendungsfelder und Geschäftsmodelle getestet werden. Zukünftige Innovationen und Produkte wie autonome Busse mit flexiblen Linienführungen und innovative Industrie- und Logistikprodukte, aber auch moderne Landwirtschaft/Landtechnik benötigten zwingend ein stabiles und leistungsstarkes Mobilfunknetz. Mit der Errichtung eines solchen Netzes im Mitteldeutschen Revier als Reallabor wäre die Basis für eine zukunftsorientierte Infrastruktur in der Region gewährleistet, die den Anreiz zu innovationbezogenen Ansiedlungen von international agierenden Unternehmen und Forschungseinrichtungen setzt. Der Bund sollte Anreize für die Ansiedlung von Forschung,

Entwicklung, Prototyping, Produktion usw. in den Regionen schaffen. Diese Anreize müssen so schlagkräftig sein, dass diese zu einem zeitnahen, tatsächlichen und nachhaltigen Effekt führen.

## **Wirtschaft und Unternehmen**

Das Mitteldeutsche Revier kann auf starken wirtschaftlichen Schwerpunkten aufbauen, die fest in der Region verankert sind. Im Vergleich zur Lausitz profitiert es von der Nähe zum Ballungs- und Wachstumsraum Leipzig-Halle. Die wirtschaftlichen Schwerpunkte und Kompetenzen im Mitteldeutschen Revier liegen derzeit vor allem in der Energiewirtschaft, im Bereich Automotive/Mobilität, in der Chemieindustrie sowie in der Logistik. Ergänzt werden die Schwerpunkte von den Bereichen Life-Science/E-Health/Biotechnologie sowie Glas-/Keramik- und Baustoffindustrie. Durch die bereits entstandenen Seen und die Nähe zu Leipzig ist der Tourismus ebenfalls ein bedeutender Wirtschaftszweig des Mitteldeutschen Reviers. Die Entfaltung der wirtschaftlichen Potenziale benötigt indes ein ausreichendes und kurzfristig verfügbares Flächenangebot. Hierzu bedarf es Mittel zur Erschließung von Gewerbe- und Industrieflächen und Flächen für den Ausbau von Erneuerbaren Energien. Dies muss durch attraktive Finanzierungsangebote für bestehende und entstehende Unternehmen ergänzt werden. Zusätzlich sind Mittel für den Aufbau einer sektorendiversifizierten Ansiedlungs- und Standortberatung für Unternehmen der verschiedenen Kompetenzfelder im Mitteldeutschen Revier notwendig.

Folgende Maßnahmen sollten mit finanzieller Unterstützung des Bundes umgesetzt werden.

### **Qualifizierte Flächenangebote schaffen**

Um die wirtschaftlichen Stärken der Region weiter zu fördern, ist das Erschließen weiterer Flächenpotenziale unerlässlich. Benötigt werden im Mitteldeutschen Revier – wie auch in der Lausitz – insbesondere große und zusammenhängende Flächen, die von der Lagegunst und der Erschließungsqualität für die Vermarktung geeignet sind. Sollten diese Flächen nicht zeitnah zur Verfügung stehen, wird es Schwierigkeiten geben ansiedlungswillige Unternehmen für die Reviere zu gewinnen.

Hierfür ist auch die interkommunale Flächenplanung zu erweitern. Entsprechend der interkommunalen Flächenplanung der Städte Leipzig und Halle soll das Konzept auf weitere Gebietskörperschaften des Mitteldeutschen Reviers ausgeweitet werden.

### **Finanzierung für Unternehmen sicherstellen**

Die vorhandenen unternehmerischen Potenziale, insbesondere aus Wirtschaft und Wissenschaft, sind nur mit erleichtertem Zugang zu Risiko- und Wachstumskapital in zusätzliche Beschäftigung und Wertschöpfung zu wandeln. Risikokapital steht für Gründungen in der Region und in den verorteten Branchen nicht ausreichend zur Verfügung. Ein im Vergleich zu anderen Regionen hochattraktives Angebot von Venture Capital für Gründungen im Mitteldeutschen Revier könnte einen wesentlichen Standortvorteil bilden. Auch die Unterstützung, z. B. mit Bürgschaften oder Crowdfunding bzw. vergleichbarer Ansätze sind notwendig, um die Bereitschaft für eine Gründung zu erhöhen und das persönliche Risiko von Gründern zu senken.

Mit attraktiven Bedingungen für die Vergabe von Wachstumskapital sollen vor allem Wachstumspotenziale von KMU gehoben werden. Die bisherige Größenstruktur der KMU in der

Region ist sehr stark von kleinen Unternehmen geprägt. Für den Strukturwandel sollten diese Unternehmen im Wachstum gestärkt werden, damit im Revier wettbewerbsfähige und innovationsstärkere Unternehmen entstehen können.

### **Standortmarketing Mitteldeutsches Revier**

Zu langfristigen Sicherung des Mitteldeutschen Reviers als wirtschaftsstarke Standort bedarf es einer gezielten Beeinflussung der Standortentscheidungen von Unternehmen. In Ergänzung zu infrastrukturellen Faktoren ist hierfür der Aufbau bzw. die Weiterentwicklung des Image- und Regionalmarketing des Wirtschaftsstandortes Mitteldeutsches Revier von hoher Bedeutung. Zur Steigerung von Unternehmensansiedlungen sowie für die Motivation für Investitionen und Erweiterungen bestehender Unternehmen sind die Standortmarketingprozesse zu unterstützen.

### **Energiewirtschaft der Zukunft**

Die in Deutschland angestrebte Energiewende benötigt Orte bzw. Regionen, wo die Energiewende stattfindet. Hierfür ist das Mitteldeutsche Revier aufgrund der vorhandenen Fachkräfte, Kompetenzen und Netzinfrastrukturen bestens geeignet. Eine starke Wirtschaft im Mitteldeutschen Revier benötigt eine gesicherte Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen. Diese Voraussetzung muss auch in Zukunft in der Region gegeben sein. Hierfür ist eine strukturentwicklungsbegleitende Änderung der inhaltlichen und technischen Ausrichtung notwendig. Neben dem zu unterstützenden Ausbau der Produktion von Erneuerbarer Energie auf den vorhandenen Flächenpotenzialen, sind im Mitteldeutschen Revier in die dezentrale Strom- und Wärmeerzeugung und Energiespeicherung zu investieren.

Der Schwerpunkt soll hierbei insbesondere auf der Entwicklung von Wasserstoff als Medium der Energiespeicherung (Power-to-X) stehen (siehe auch Handlungsbereich Ideen und Dynamik). Ergänzt um die bestehende Gasinfrastruktur soll damit im Mitteldeutschen Revier ein weiterer Grundstein für eine gelingende Sektorkopplung gelegt werden.

### **Automotive im Umbruch**

Im Revier werden bereits heute in erheblichem Umfang Fahrzeuge und auch Elektrofahrzeuge hergestellt. Die Automobilindustrie steht indes wie die Energiewirtschaft vor einem grundlegenden technologischen Umbruch. Die Produktion von Elektrofahrzeugen erfordert weniger Einzelteile und damit weniger Zulieferer und weniger Beschäftigte, von daher ist eine Stärkung der gesamten Mobilitätsbranche in der Region wichtig und die Fertigungs- und Wertschöpfungstiefe im Fahrzeugbau zu erweitern. Ein Ziel soll es deshalb sein, das Mitteldeutsche Revier zum Reallabor der E-Mobilität zu machen und im Rahmen eines interdisziplinären Projekts die bestehenden Anknüpfungspunkte zu nutzen, um Fragen der elektrifizierten Mobilität zu behandeln.

### **Chemische Industrie stützen und neu denken**

Die chemische Industrie ist für das Mitteldeutsche Revier ein unverzichtbarer Wirtschaftszweig, der eng mit der Energiewirtschaft verzahnt ist. Aufgrund der Tatsache, dass viele Unternehmen im Mitteldeutschen Revier Prozessdampf und Wärme aus der Braunkohleverstromung nutzen, besteht die reelle Gefahr, dass bei einem frühzeitigen Braunkohleausstieg im Mitteldeutschen Revier viele Unternehmen nicht mehr wirtschaftlich agieren können oder gänzlich ihre Geschäftsgrundlage verlieren. Ein Wegbruch der Chemieunternehmen im Mitteldeutschen Revier würde einen wichtigen Anker der industriellen Basis stark negativ beeinflussen. Der Verlust des

preisgünstigen Prozessdampfes und der Wärme muss kompensiert werden, indem entweder andere Standortfaktoren für die Chemische Industrie überproportional gestärkt oder alternative preisgünstige Versorgungskonzepte für die Unternehmen unterstützt werden.

### **Logistik als Wachstumsbranche**

Die Logistik ist im Mitteldeutschen Revier aufgrund der zentralen Lage, des steigenden E-Commerce und der Biologistik als Wachstumsbranche anzusehen und bringt Potenziale für alle Beschäftigungsniveaus mit sich. In Ergänzung zu den infrastrukturellen Maßnahmen (siehe oben) sind die bestehenden Logistik-Hubs, v.a. der Flughafen Leipzig/Halle entsprechend weiter zu entwickeln.

### **Ideen und Dynamik**

Das Mitteldeutsche Revier muss zur Bewältigung des Strukturwandels seine wirtschaftlichen Potenziale noch stärker nutzen. Eine wesentliche Basis sind der Ausbau von FuE-Investitionen in die Kompetenzfelder des Reviers und die Umsetzung von konkreten Forschungsprojekten. Dabei gilt es die Innovationsdynamik der Unternehmen sowie die Hochschulen und die Außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu unterstützen. Hierbei sind Forschungsansätze im Bereich Energie- und Sektorkopplung besonders zu fördern, auch um die beschriebene Chemieindustrie im Revier zu halten. Darüber hinaus benötigt eine starke Wirtschaftsregion auch einer prosperierende Ausbildungs- und Fachkräftelandschaft, um heutige inhaltliche Spezialisierungen auch zukünftig in der Region halten zu können.

Folgende Maßnahmen sollen mit finanzieller Unterstützung des Bundes umgesetzt werden:

#### **Schwerpunkt Wasserstoff**

Das bereits vom BMBF geförderte Forschungsprojekt HYPOS (Hydrogen Power Storage & Solutions) liefert wichtige Lösungen zur Energieumwandlung und -speicherung im Sinne einer Power-to-X-Technologie. Grüner Wasserstoff kann im Bereich Mobilität (siehe Erreichbarkeit und Versorgung), aber auch für die Energieversorgung oder aber in der chemischen Industrie sowie in Raffinerien zum Einsatz kommen und leistet so einen wichtigen Beitrag zur Erforschung einer zielführenden Sektorkopplung. Die Etablierung in der Region ist zudem deshalb anzustreben, da hier auf ein bestehendes Pipelinennetz zurückgegriffen werden kann. Das Projekt ist aus diesem Grund weiter im Mitteldeutschen Revier zu implementieren und zur Schlüsseltechnologie weiterzuentwickeln. Mit weiteren Innovationsclustern, wie HZwo und Energy Saxony, sind zudem die Multiplikatoren einer grünen Wasserstoffnutzung zu unterstützen.

#### **Schwerpunkt Stoffliche Verwertung von Braunkohle**

Als Kohlenstoffträger kann die Braunkohle auch als Rohstoff für die chemische und petrochemische Industrie dienen. Für diese stoffliche Verwertung bietet die Braunkohle des Mitteldeutschen Revieres deutschlandweit die besten Voraussetzungen. Sie wäre in Deutschland noch über Jahrzehnte abbaubar. Aktuell ist der Abbau der Braunkohle allein für eine stoffliche Nutzung nicht wirtschaftlich zu betreiben. Es bedarf aus diesem Grund einer intensivierten Forschung, etwa durch die Fraunhofer Gesellschaft, um die stoffliche Nutzung der Braunkohle marktwirtschaftlich rentabel betreiben zu können.

Zudem sind das Fraunhofer IKTS und die Ökotec Anlagenbau GmbH in Thallwitz bei der Umsetzung einer Power-to-X-Pilotanlage zur Abspaltung von CO<sub>2</sub> aus Biogas bzw. aus bei Industrieprozessen freiwerdenden Abgasen zu unterstützen. In einer anschließenden Aufbereitung soll CO<sub>2</sub> hier als Ausgangsstoff der chemischen Industrie zur Herstellung von Endprodukten in Form von Wachsen dienen.

In einem weiteren Power-to-X-Projekt zur stofflichen Verwertung von Kohlenstoff widmet sich das Fraunhofer IMWS der Erforschung, wie industriell gefertigte kohlenstoffhaltige Produkte künftig mechanisch recycelt werden können. Unter Zugabe von Windstrom sollen diese derart aufbereitet werden, dass sie zukünftig Erdöl als zu importierenden Ausgangsstoff ersetzen können. Bei der Herstellung entsteht zudem Wasserstoff, welcher anderweitig zum Einsatz kommen kann (siehe oben). Dieses Vorhaben ist im Sinne einer nachhaltigen Industrieproduktion zu unterstützen.

Grundsätzlich ist die Braunkohle als Ausgangsstoff hier jedoch nur als Übergangslösung zu verstehen – als fossile Kohlenstoffquelle müssen auch Produkte für die stoffliche Verwertung langfristig durch nichtfossile Kohlenstoffquellen ersetzt werden oder es muss sichergestellt werden, dass die damit verbundenen Prozesse und Stoffströme so gestaltet werden, dass die Entsorgung nicht durch Verbrennung erfolgt und somit der enthaltene Kohlenstoff nicht in die Atmosphäre gelangt. Diese Prozessketten zu einer „Kohlenstoff-Kreislaufwirtschaft“ sollten parallel zu der stofflichen Verwertung entwickelt werden.

### **Ausbildungslandschaft ausbauen**

Um die Aus- und Weiterbildungssituation im Mitteldeutschen Revier zu verbessern, ist die Ausbau und die Ansiedlung neuer Bildungseinrichtungen notwendig. Insbesondere durch die Schließung der Telekom Hochschule in Leipzig, sind Alternativen in den Zukunftsfächern Elektrotechnik und (Wirtschafts-) Informatik zu schaffen. In Ansätzen sind diese etwa an der HTWK Leipzig vorhanden und sollten beispielsweise durch die Etablierung einer Fakultät mit dem Schwerpunkt der digitalen Transformation weiter intensiviert werden. So erhält das Revier einen zusätzlichen technischen und digitalen Fokus der Hochschul- und Forschungslandschaft.

Mit der geplanten Gründung der Chape University ist zudem ein international orientiertes Bachelor-Programm in den Bereichen Elektrotechnik, Informatik und Wirtschaftsinformatik im Mitteldeutschen Revier denkbar. Hieraus lassen sich mehrere positive Effekte für die Region generieren. Neben der Steigerung des Bekanntheitsgrades und der Stärkung der interkulturellen Kompetenz in der Region, lassen sich so eine Minderung des Fachkräftemangels sowie die Steigerung der internationalen Bekanntheit durch Pflege internationaler Beziehungen erreichen. Durch die Anbindung eines einzigartigen Deutsch-Amerikanischen-Instituts lässt sich zudem die internationale Kooperation intensivieren. Die Kooperation mit der HTWK Leipzig ist im Sinne eines transdisziplinären Mehrwertes wünschenswert.

### **Qualifizierung von Fachkräften**

Mit der Glasbranche verfügt das Mitteldeutsche Revier über eine tradierte und zugleich zukunftssträchtige Branche. Diese Werte und Expertisen sind zu erhalten. Um den wirtschaftlichen Schwerpunkt des Glasbaus zu stärken, ist die Gründung des Glascampus Torgau - Professional School für die Glas-, Keramik- und Baustoffindustrie im Mitteldeutschen Revier zu unterstützen. Aus- und Weiterbildungsangebote für eine Erweiterung der Fachkräftebasis, insbesondere in der technischen Glasindustrie, sollen hier stattfinden und die Glasbranche so nachhaltig in der Region verankern.

Zudem sind bei der Qualifizierung der Fachkräftebasis insbesondere digitale Kompetenzen zu fördern. Der Ausbau überbetrieblicher Aktivitäten und Initiativen im Kontext einer revierübergreifenden und länderübergreifenden Fachkräfteoffensive soll finanziell unterstützt werden. Die Etablierung einer guten Fachkräftebasis beginnt dabei schon mit einer guten Kinderbetreuung und einer guten Schulversorgung, auch in den ländlicheren Räumen der Region und setzt sich fort mit der beruflichen Ausbildung, den Hochschulen sowie der Stärkung des lebenslangen Lernens.

### **Wissenstransfer in den ländlichen Raum**

Mit der Ansiedlung von Technologie- und Kompetenzzentren in den ländlichen Regionen des Mitteldeutschen Reviers können zusätzliche Impulse erzeugt werden. Diesen sollen sowohl mit der Hochschullandschaft sowie der regionalen Wirtschaft eng verknüpft sein, um einen Wissenstransfer zu befördern und das Innovationspotenzial von Unternehmen zu heben. Ziel eines funktionierenden Wissenstransfers ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, welche die Brücke zwischen Forschung und Entwicklung hin zur Marktreife und Produktion bzw. Anwendungen bilden. Länderübergreifend sollten hierbei Themen wie der ÖPNV durch autonom fahrende Fahrzeuge oder Potenziale, die sich aus dem 3D-Druck für die Industrie ergeben, unterstützt werden.

In Ergänzung dazu sind Innovationslabore und Gründerzentren an die Standorte anzudocken. Anknüpfungspunkte geben Einrichtungen wie der Smart Infrastructure Hub Leipzig, die Universität Leipzig, die Handelshochschule Leipzig und das SpinLab in Leipzig.

### **Effiziente, digitale Verwaltung**

Ein weiterer wichtiger Standortfaktor ist eine effiziente und weitestgehend digitale Verwaltung. Der Aufbau einer Verwaltung, die bürokratische Hemmnisse abschafft, fördert die Ansiedlungen von Institutionen und Unternehmen gleichermaßen. Insbesondere im internationalen Wettbewerb sind aufwendige bürokratische Verfahren ein Ausschlusskriterium für die Ansiedlung von FuE-Einrichtungen, Start-ups und Großunternehmen. Es gilt, das Mitteldeutsche Revier als eine Region bekannt zu machen, die durch schlanke Genehmigungsverfahren (z.B. durch E-Governance), auf Anfragen der Ansiedlung und Erweiterung von Institutionen und Unternehmen schnell und flexibel reagiert. Nur so kann die regionale Wissens- und Wirtschaftslandschaft im Wettbewerb zu anderen Regionen bestehen.

### **Lebensqualität und Attraktivität**

Standortfaktoren wie die Lebensqualität und die Attraktivität des Mitteldeutschen Reviers sind maßgeblich, um ausgebildete Fachkräfte in der Region zu halten und potenziell neue Arbeitnehmer für diese zu begeistern. Als lebenswerte Region muss es im Mitteldeutschen Revier deshalb Ziel sein, die Lebensqualität aus der Verzahnung und Vernetzung der urbanen und ländlichen Räume zu ziehen. Die Quartiere des ländlichen Raums, mit ihren Grund- und Mittelzentren sind dabei im selben Maße zu stärken, wie die landschaftliche Attraktivität, zum Wohle der touristischen Erholung und des Wohlbefindens der dort lebenden Menschen. Deren Mitwirken im Rahmen eines partizipativen Prozesses ist für einen gelingenden Wandel unerlässlich.

Aus diesem Grund sind folgende Maßnahmen durch den Bund finanziell zu unterstützen:

## **Attraktive Quartiersentwicklung**

Attraktive Quartiere fördern die lokale und letztlich auch regionale Verbundenheit und die Bereitschaft sich für regionale Prozesse einzusetzen. Zusätzlich erhöhen sie das Gemeinschaftsgefühl und tragen damit zu wichtigen sozialen Lösungen für alltägliche Probleme, etwa Kinder- und Seniorenbetreuung, über einen starken Nachbarschaftsgedanken bei. Eine funktionale Durchmischung von Quartieren führt zudem zu kurzen Wegen. Besonders auf städtischer Ebene ist eine gezielte Quartiersentwicklung inklusive der Förderung urbaner Produktion eine Keimzelle für kreative und innovative Milieus. Um lebenswerte Wohnviertel zu schaffen und energetisch dezentrale und intelligente Lösungen umzusetzen, ist die Förderung auf Quartiersebene, etwa durch Städtebauförderung und Energetische Sanierung, zu unterstützen und zu erhöhen. Dies beinhaltet nicht nur städtische, sondern auch ländliche Quartiere bzw. Wohnviertel.

Ein attraktives Quartier lebt indes auch von seiner Einbindung. Das Projekt Shuttle im Quartier (ShiQ) zum Beispiel geht dabei über die vollelektrische Erreichbarkeit in Form eines Rufshuttles hinaus. Besetzt mit einem sozialen Assistenten zur Betreuung der Fahrgäste dient es dazu, die Menschen im Entwicklungsprozess hin zum autonomen Fahren zu begleiten und Ängste und Hemmnisse abzubauen. So bleibt die Lebensqualität, vor allem auf dem Land, bis ins hohe Alter gesichert.

Gerade ländliche Quartiere stehen zudem vor der Herausforderung einer gesicherten medizinischen Versorgung. Aktuell wird im gesamten Freistaat die Digitalisierung im Gesundheitswesen mit der Richtlinie eHealthSax gefördert. Dabei liegt der Schwerpunkt auf Projekten, die den Grad der Digitalisierung im Gesundheitssektor erhöhen, die medizinische Versorgung verbessern oder auf die Überführung der Regelfinanzierung abzielen. Die Etablierung einer modellhaften Ausstattung und Vernetzung von Anbietern und Nachfragern im ländlichen Raum ist hierbei in Ergänzung zu unterstützen, um so die Zutrittsbarrieren für die Nutzung digitaler Lösungen zu senken.

## **Kulturelle Identität**

Als unmittelbar vom Strukturwandel betroffene müssen zuallererst die Menschen im Mitteldeutschen Revier in die Prozesse des Wandels eingebunden werden. Nur unter der Betrachtung regionaler Identitätsmuster lässt sich die Akzeptanz notwendiger Anpassungsmaßnahmen erhöhen. Für das Mitteldeutsche Revier spielt die Industriekultur eine gewichtige Rolle. Eine zu finanzierende Netzwerkstelle Industriekultur im Leipziger Raum soll deshalb die Herausarbeitung der kulturellen Identität im Sinne eines partizipativen und integrativen Prozesses übernehmen, um so bei den Menschen den sozialen Zusammenhang zu stärken. Als zweite, gleichsam kulturelle Aufgabe soll dabei die Erhaltung der Industriekultur als kulturelles Gut forciert werden.

## **Steigerung der touristischen Attraktivität und Nachhaltige Renaturierung**

Eine nachhaltige Renaturierung bzw. Rekultivierung ist der Grundstein für eine attraktive Region. Hierfür sind Investitionen für Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässerqualität und für die unter touristischen Gesichtspunkten wertvolle Vernetzung der Seen durch Kanäle bereitzustellen. Folgenden Projekte erhöhen beispielhaft die Attraktivität der Region und sind im besonderen Maß unterstützungswürdig:



- Renaturierung und Einbindung von Lober und Leine: In Folge der Beseitigung der Bergbaufolgen ist ein WRRL-konformer Rückbau und die gleichzeitige Einbindung in den Seelhausener See und den Neuhauser See zwingend erforderlich. Ergänzend ist hier, zur vollständigen Erschließung des touristischen Potenzials, die Errichtung einer Schleuse bzw. eines Schiffsübergangs zur Goitzsche notwendig.
- Saale-Elster-Kanal als wassertouristisches Leuchtturmprojekt: Die Wasserstraße ist im Sinne einer touristischen Erschließung länderübergreifend auszubauen.
- Wildnispotenzial Bergbaufolgelandschaft: Im Projekt sollen Sanierungs- und Naturschutzziele sinnvoll miteinander verknüpft werden. Darüber hinaus soll eine attraktive naturnahe Tourismusinfrastruktur gestaltet werden.

### **Internationale Sichtbarkeit – Leuchtturmprojekt Veranstaltungs- und Wettkampfstätte Leipzig**

Die internationale Sichtbarkeit des Mitteldeutschen Reviers als attraktive Kulturregion steht und fällt nicht zuletzt mit herausragenden Großereignissen. Zur Erhöhung des internationalen Bekanntheitsgrades soll es der Region Leipzig ermöglicht werden, sich für internationale, kulturelle und sportliche Großveranstaltungen bewerben zu können. Hierfür ist die Errichtung einer Veranstaltungs- und Wettkampfstätte zu unterstützen. Als neuer Nukleus des Mitteldeutschen Reviers ist diese Begegnungsstätte dazu geeignet, die gesellschaftliche Bindekraft von Sport und Kultur zu nutzen und in die gesamte Region zu tragen. Mit steigendem Bekanntheitsgrad können sodann Investoren und Geschäftspartner für weitere Projekte im Mitteldeutschen Revier gewonnen werden.

### **Einheitliche Vermarktung**

Eine einheitliche Vermarktung der Region, sowohl als Lebens- und Arbeitsort, als Wirtschaftsstandort und als Tourismusregion, beispielsweise unter Labeln wie „Leben und Arbeiten mit Wasser und Wein“ oder „Wohnen am Wasser“ ist ein wichtiges Signal des Aufbruchs. Der Leipziger Süden gilt dabei als Vorbild eines Strategiemixes aus Tourismus, Freizeit, Wohnen und Wirtschaft. Eine Adaption dieser Vermarktungsstrategie für das gesamte Mitteldeutsche Revier könnte ein tragendes und zukunftsfähiges Dach einer gemeinschaftlich agierenden und mit einer Stimme sprechenden Region sein.

## **3.2 Lausitzer Revier**

**Zukunftsbild:** Das Lausitzer Revier verfolgt in seinem Zukunftsbild das Ziel einer dekarbonisierten, wertschöpfungsstarken und innovativen Wirtschaftsregion. Die Lausitz ist dabei ein hochattraktiver Wohnstandort für Fachkräfte und Pendler sowie eine international sichtbare Tourismus-, Kultur- und Bildungsregion. Die Mehrsprachigkeit der sorbisch-deutschen Region im Herzen Europas zwischen den Metropolen Dresden, Berlin, Breslau und Prag wird hierbei als Alleinstellungsmerkmal genutzt.

## Erreichbarkeit und Versorgung

Aufgrund der peripheren Lage und der ländlichen Struktur ist die Erreichbarkeit und Versorgung, insbesondere bei der verkehrlichen und digitalen Infrastruktur in der Lausitz von höchster Priorität. Nur durch massive Verbesserungen dieser Infrastrukturen hat die Lausitz die Chance, bestehende Standortnachteile auszugleichen und eine positive Strukturentwicklung zu nehmen. Nur so können die Entwicklungschancen ergriffen und Beschäftigungspotenziale genutzt werden.

Bei der **verkehrlichen Infrastruktur** sowohl im Bereich der Straße als auch der Schiene sind schnellstmöglich erhebliche Verbesserungen durch den Bund herbeizuführen. Dabei sind die Städte der sächsischen und brandenburgischen Lausitz untereinander besser zu vernetzen (u.a. Görlitz, Bautzen, Cottbus, Hoyerswerda, Weißwasser, Zittau). Zudem müssen die nächsten Großstädte im In- und Ausland schneller aus der Lausitz heraus zu erreichen sein. Neben Breslau (Polen) und Prag (Tschechien) ist vor allem eine bessere Anbindung an Berlin, Dresden und Leipzig unabdingbar. Diese Anbindungen sind durch Förderungen des ÖPNVs in die ländlichen Räume zu verlängern. Den Vorteil der günstigeren Lebensunterhaltskosten (v.a. beim Wohnen) kann die Lausitz nur ausspielen, wenn Tagespendler und Geschäftsreisende die wichtigsten Arbeitsmärkte der Nachbarregionen mit zumutbarem Zeitaufwand erreichen können. Auch die Investitionen in weiche Standortfaktoren, die in der Lausitz von besonderer Bedeutung sind und die Attraktivität als Wohnstandort erhöhen, können ihre positive Wirkung nur dann vollständig entfalten, wenn die Region eine gute Erreichbarkeit aufweist. Eine schnellere Anbindung an Berlin und Dresden ist für die genannten Tagespendler oder Geschäftsreisende und speziell Investoren besonders relevant, da durch sie nicht nur die Bundes-/Landeshauptstadt erreichbar wird, sondern auch der Zugang zum internationalen Flugverkehr gewährleistet ist. Andersherum ist auch eine Erreichbarkeit der Lausitz von Dresden und Berlin aus von großer Bedeutung, etwa wenn es um neue Standorte von Unternehmen, Forschungseinrichtungen oder Bundesbehörden in der Lausitz geht. Diese können die erhofften Impulse nur geben, wenn sie für Tagesgäste aus Berlin erreichbar sind. Zusätzlich sind schnelle Güterverkehre ins benachbarte Ausland insbesondere für die Industrie ein entscheidender Standortvorteil. Die notwendigen Maßnahmen sind keine neuen Forderungen, sondern in der Lausitz seit langem überfällige Investitionen.

Die **digitale Infrastruktur** in Form eines flächendeckenden 5G-Mobilfunknetzes sowie einer flächendeckenden gigabitfähigen Breitbandversorgung ist für die Realisierung der wirtschaftlichen Schwerpunkte und Pilotprojekte unabdingbar. Dies betrifft die Energiewirtschaft, insbesondere das Energiemanagement und das Autonome Fahren sowie übergreifend die gesamte Sektorkopplung (in Kombination mit langfristig zu fördernden Hybridnetzen). Zugleich ist eine gesicherte und hochwertige digitale Infrastruktur eine wichtige Möglichkeit, den ländlichen Raum vergleichsweise einfach an die globale Wirtschaft anzubinden und dadurch einen Standortvorteil gegenüber anderen Regionen zu schaffen, der sowohl für Unternehmen als auch für die Wohnbevölkerung (durch digitale Angebote der Daseinsvorsorge) von großer Bedeutung bei der Standortwahl ist. Auch ist diese Infrastruktur eine Voraussetzung für eine zukunftsfähige Landwirtschaft (autonom fahrende Landtechnik, smart and precision farming).

Folgende Maßnahmen sollten mit finanzieller Unterstützung des Bundes umgesetzt werden:

### **Verkehrsinfrastruktur**

**Infrastruktur Straße:** Für das Lausitzer Revier geht es darum, die überregionale Anbindung der Region an die großen Ballungsräume (v.a. Dresden, Berlin und Breslau) zu verbessern sowie die Vernetzung innerhalb des Reviers zu stärken.

- Für den südlichen Landkreis Görlitz ist das durch die **Lage im Dreiländereck** gegebene Potenzial mit dem **Neubau/Fertigstellung der B178n** und deren Verlängerung über A4 hinaus in nördlicher Richtung zu nutzen. Der Raum ist weiter über Weißenberg und Bautzen auf einer **auf sechs Fahrstreifen auszubauenden A4** an Dresden anzubinden.
- Für eine optimierte Straßenanbindung an Berlin, ist die **Anbindung an die A15 durch den Ausbau der Bundesstraßen 96, 97, 115 und 156** (zwischen der A4 und der A15) zu verbessern.

**Infrastruktur Schiene:** Bei der Schienenverkehrsanbindung geht es wie bei der Straße um die Verbesserung der überregionalen Anbindung sowie die Verbesserung der Vernetzung innerhalb des Reviers. Zu unterstützende Maßnahmen liegen in den Bereichen Neu- und Ausbau, engere Taktungen und Elektrifizierung von Strecken.

- **Elektrifizierung und Takterhöhung der Strecke Dresden-Görlitz** für eine bessere Anbindung des Reviers
- **Bahnstrecke Görlitz-Berlin**, insbesondere die Teilstrecke Görlitz-Cottbus (Elektrifizierung und Gleiserweiterung), für den Fernverkehr (IC/ICE) ausbauen. Es empfiehlt sich eine pendlerfreundliche Tagesrandverbindung in beide Richtungen einzurichten. Zudem ist nur eine durchgängige Verbindung ohne Umstieg in Cottbus auf Dauer wettbewerbsfähig.
- Bessere Pendlerverbindungen, auch um die Hochschulstandorte verkehrstechnisch besser miteinander zu vernetzen, sind innerhalb des Reviers durch die **Elektrifizierung und Takterhöhung der Strecke Görlitz-Zittau** zu erreichen.
- Eine konkurrenzfähige **transnationale Schienenverbindung Dresden-Görlitz-Breslau** ist für touristische Zwecke, aber auch für die **Verlagerung des Gütertransports** von der Schiene auf die Straße, umzusetzen.

**Infrastruktur ÖPNV und innovative Mobilität:** Nur in Verbindung mehrerer Verkehrsträger ist die Erreichbarkeit flächendeckend zu verbessern. Daher sind Modellprojekte, die die „letzte Meile“ zum Gegenstand haben (Verleih von E-Rollern und E-Bikes z. B. an den Bahnhöfen in Weißwasser und Hoyerswerda) in die Fläche in Form von Multimodalstationen zu übertragen. Hierfür muss ein bedarfsgerechter und flexibler ÖPNV in den ländlichen Räumen mindestens aufrechterhalten werden. Dafür bedarf es höherer Regionalbudgets. Eine flächendeckende Erreichbarkeit mit akzeptablem Zeitaufwand ist eine der wichtigsten Komponenten zur Sicherung der Daseinsvorsorge. Bei einer zunehmenden Konzentration (aufgrund von Wegzug und demografischem Wandel) von sozialer Infrastruktur (Bildung, Gesundheit, Sport, Kultur, Vereinsleben) und Versorgungsmöglichkeiten (Einzelhandel, Verwaltung) auf wenige leistungsfähigere bzw. effizientere Standorte, muss die Erreichbarkeit dieser Einrichtungen für jedes Alter gewährleistet sein. Um nicht nur in der Entwicklung und Produktion, sondern auch in der Anwendung von E-Mobilität und Autonomem Fahren eine Vorreiterrolle einzunehmen, bedarf es eines Infrastrukturneu sowie -ausbaus. Dieser muss im Einklang mit noch zu erstellenden innovativen Mobilitätskonzepten geschehen. Konkret ist der Ausbau der Ladeinfrastruktur sowie Testgebiete für Autonomes Fahren, insbesondere im ÖPNV, zu fördern. Hierzu ist eine entsprechende digitale Infrastruktur Grundvoraussetzung.

**Ausbau des Radverkehrs:** Für den Tourismus sowie für den Nahverkehr ist der Ausbau bzw. die Verdichtung des Radwegenetzes Lausitz mit der höchsten Priorität zu verfolgen. Insbesondere in den ländlichen Räumen ist die Abhängigkeit vom Pkw groß und zunehmend ein Kostenfaktor. Ein umfangreiches Radwegenetz reduziert die Abhängigkeit. Im Tourismus wird in Verbindung mit einer Seenlandschaft der Aktivtourismus an Bedeutung gewinnen. Diese Zielgruppe fragt gut ausgebaute Radwege bzw. attraktive Themenrouten sowie eine gute Erreichbarkeit der Orte in

besonders hohem Maße nach. Zum Beispiel eine VELOAutobahn Berlin-Tschechien mit Ladeinfrastruktur für E-Bikes.

### **Digitale Infrastruktur**

**Gigabitfähiger Breitbandausbau:** Der Ausbau der Breitbandversorgung, auch in ländlichere Räume, wird in naher Zukunft nicht durch den Markt erfolgen, hier bedarf es staatlicher Unterstützung. Eine Abdeckung mit Glasfaser ist Grundvoraussetzung für die Vermarktung von Industrie- und Gewerbestandorten. Zusätzlich ist schnelles Internet Grundvoraussetzung für ortsungebundenes Arbeiten. Dadurch wird Leben und Arbeiten in den ländlichen Regionen der Lausitz besser möglich.

**Modellregion Mobilfunkstandard 5G:** 5G bildet die Grundlage für viele technische, wirtschaftliche Anwendungen. Die Lausitz und auch das mitteldeutsche Revier sollten vom Bund als 5G-Testregionen gefördert werden. Im Lausitzer Revier könnte die 5G-Technologie bei den diversen Herausforderungen in einer ländlichen Region mögliche Anwendungsfelder und Geschäftsmodelle getestet werden. Eine mögliche systemische Anwendung könnte der Bereich Energie bilden, z.B. anknüpfend an Überlegungen des „5G Energy Hub“ an der TU Dresden. Der Bund sollte den Prozess neben der infrastrukturell-systemischen Förderung durch ein entsprechendes „Reallabor“ unterstützen, das entsprechende Experimentierklauseln bietet.

### **Wirtschaft und Unternehmen**

Um bestehende Unternehmen zu halten und Anreize für Neuansiedlungen zu setzen, wird die Lausitz ihre vorhandenen Kompetenzfelder stärken und ergänzen. Das Erweitern der Wertschöpfungstiefe einzelner wirtschaftlicher Schwerpunktfelder ist dabei eine wichtige Strategie (regionale Wirtschaftsstruktur). Parallel dazu wird neuen Themenschwerpunkten nachgegangen, die eine sinnvolle Ergänzung zu den bestehenden bilden. Die vorhandenen Kompetenzfelder der Lausitz liegen in den Sektoren und Branchen Energie, Maschinenbau, additive Fertigung, Automotive/Mobilität, Logistik, Metall, Glas und der chemischen Industrie sowie in Zukunft zunehmend ergänzt um die Bereiche Tourismus, IT und Bioökonomie. Diese Schwerpunkte sind nach dem jetzigen Entwicklungsstand zugleich die geeignetsten Anknüpfungspunkte, um eine positive Strukturentwicklung zu ermöglichen.

Folgende Maßnahmen sollten mit finanzieller Unterstützung des Bundes umgesetzt werden:

#### **Standorte für Gewerbe- und Industrieansiedlungen schaffen**

Die wirtschaftlichen Schwerpunkte bzw. Kompetenzfelder, die zu neuer Wirtschaftskraft und Unternehmensansiedlung und -erweiterungen führen sollen, benötigen qualitativ hochwertige Standorte, also Flächen für Gewerbe- und Industrie, mit einer geeigneten wirtschafts- und industrienahen Infrastruktur. Die Entwicklung von Konzepten für regionale Industrie- und Technologieparks sind zu unterstützen. Dabei sind vor allem die Kraftwerksstandorte und ihre Umfeldler zu untersuchen. Auch Projekte für die Nachnutzung von brachgefallenen Flächen und Gebäuden (wie z.B. Energiefabrik Knappenrode) sind zu fördern. Auf diese Weise können Gebäude mit industriegultureller Bedeutung erhalten werden und die Identität des Industriestandortes Lausitz gestärkt werden.

## **Vermarktung Wirtschaftsregion Lausitz**

Neben der Erschließung neuer Standorte, benötigt die Lausitz zudem ausreichend Mittel, um diese Standorte unter dem Label der „Wirtschaftsregion Lausitz“ zu vermarkten. Es gilt, dieses Label international als eine Wirtschaftsregion mit ausgewählten Kompetenzfeldern bekannt zu machen. Die Region soll dabei als Wirtschaftsregion vermarktet werden, deren Rückgrat KMU bilden. Es bedarf Personalressourcen, die Wirtschaftsregion und ihre Kompetenzfelder weiter zu entwickeln, Ansiedlungs- und Investitionsanfragen zu begleiten oder kompetenzfeldspezifische Beratung, z.B. in Form von Technologiescouts, anzubieten.

## **Finanzierung sicherstellen**

Zusätzlich bedarf es umfangreicher Finanzierungsangebote für bestehende und entstehende Unternehmen. Ohne eine Erhöhung des Risiko- und Wachstumskapitals ist eine positive Entwicklung, insbesondere der als Rückgrat der Lausitzer Wirtschaft besonders zu fördernden KMU, gefährdet. Es muss sichergestellt sein, dass Unternehmen neue Ansätze ausprobieren können, ohne ihre Existenz dabei zu gefährden, z.B. durch die Bereitstellung von Wagniskapital oder weiteren geeigneten Finanzierungsinstrumenten (Bürgschaften, etc.). Nur so kann eine Strategie der wirtschaftlichen Diversifizierung konsequent verfolgt werden.

## **Energierregion**

Die Lausitz ist und sieht sich selbst vor allem als Industrie- und Energierregion. Diesbezüglich liegt der Fokus zukünftig verstärkt auf Erneuerbaren Energien, Energiemanagement und -speicherung sowie Energieforschung. Die in Deutschland angestrebte Energiewende benötigt einen Ort bzw. eine Region, wo die Energiewende real stattfindet. Hierfür ist die Lausitz aufgrund ihrer vorhandenen Fachkräfte, Kompetenzen und Netzinfrastrukturen sowie Flächenverfügbarkeit bestens geeignet. Es darf dabei nicht bei der Energieproduktion durch Wind- und Solarkraftanlagen bleiben, sondern muss die gesamte Wertschöpfungstiefe des Energiesektors ausnutzen. Um eine „Industrialisierung der Energiewende“ umzusetzen, müssen Verfahren zur Herstellung, Speicherung und Verteilung von Energie in der Lausitz entwickelt (siehe Ideen und Dynamik) und zur Marktreife gebracht bzw. in der Lausitz angewendet werden. Um Modellregion für die Energiewende zu werden, bedarf es staatlicher Unterstützungen und Anreize, insbesondere dort, wo Marktmechanismen nicht für genügend Anreize sorgen. Dies ist vor allem bei der Energiespeicherung der Fall. Hier muss ein durch den Bund geförderter Standort für Unternehmen in der Lausitz entwickelt werden, an dem verschiedene Unternehmen und Konzerne Lösungen entwickeln und herstellen können. Der Ansatz eines Standortes für Unternehmenskooperationen und shared infrastructure ist auch auf andere Schwerpunkte übertragbar. Die damit verbundenen Zulieferverflechtungen bzw. indirekten Arbeitsplätze kämen bestehenden Unternehmen zu Gute und schaffen Anreize für Neuansiedlungen. Die Entwicklung und Produktion von modernen Speichersystemen können dabei sämtliche Power-to-X-Technologien sowie Brennstoffzellen und Batterien/Batteriezellen betreffen. Dieser Entwicklungspfad hat große Synergieeffekte zur Sektorkopplung (Energie, Wärme, Verkehr, Industrie) damit zur urbanen Energiewende und zur Mobilität. Hierfür ist langfristig der Aufbau von Hybridnetzen zu unterstützen.

## **Modellregion der Mobilitätswende - Elektromobile Wirtschaftsregion Lausitz**

Die Lausitz wird Modellregion der Mobilitätswende, insbesondere für alternative Antriebe („Elektromobile Wirtschaftsregion Lausitz“). Auch hier gilt, dass die angestrebte Mobilitätswende einen realen Ort der Erprobung benötigt. Dies umfasst das Elektroauto, das E-Flugzeug bzw. Drohne oder Flug-Taxi sowie E-Schiffe, die auf den Lausitzer Seen erprobt werden könnten. Auch hier liegt das Potenzial für zusätzliche Unternehmensentwicklung in der gesamten

Wertschöpfungstiefe von der Erforschung über die Erprobung bis hin zur Produktion und Anwendung. Die engen Synergien zu den Kompetenzen im Energiesektor (bzw. die Sektor-kopplung) begründen, warum Mobilitätswende und Energiewende in derselben Region stattfinden müssen. Somit gehören zur Wertschöpfungskette des Schwerpunktes Mobilität auch die Stromerzeuger sowie Energie- und Netzbetreiber. Als potenzielle Unternehmen kommen Anbieter für Ladesäulen oder Mobilitätsdienstleister hinzu. Innovative Konzepte, wie emissionsfreie Mobilität (Batterie- oder Brennstoffzellenbetrieben) oder Autonomes Fahren im ÖPNV schließen sich an dieses Handlungsfeld an. Autonomes Fahren steht zudem in Verbindung zur im Bergbau gewonnenen Kompetenz der (Industrie)-Automatisierung. Der Einsatz von z.B. wasserstoffbetriebenen selbstfahrenden Bussen hat vor allem in den ländlichen Räumen der Lausitz einen direkten Absatzmarkt. Geeignete Produktionsstandorte für die Herstellung der Fahrzeuge müssen (weiter)entwickelt werden (z.B. Standort am Flugplatz Rothenburg/Görlitz).

### **Neue Geschäftsmodelle und -felder durch Digitalisierung**

Die Lausitz wird Modellregion für flächendeckende Digitalisierung, insbesondere für 5G. Die oben genannten Schwerpunkte führen nur zu zusätzlicher Wirtschaftskraft und Unternehmertum, wenn die Voraussetzung des flächendeckenden Internets gegeben ist (siehe Erreichbarkeit und Versorgung). Auch hier gilt, dass die Digitalisierung, insbesondere die Einführung von 5G ein Reallabor benötigt. Allein die Sicherheit, dass in der Lausitz als erstes eine flächendeckende Internetabdeckung (Glasfaser + 5G) garantiert sein wird, wird zu unternehmerischen Investitionen führen. Fortschritte in der Digitalisierung bringen zudem neue Chancen in Form von Erschließung neuer Geschäftsmodelle und -felder für traditionelle Branchen wie Textil, Material, verarbeitendes Gewerbe (u.a. Glas/Keramik), Ernährung und Landwirtschaft.

### **Zusätzliche Beschäftigungspotenziale**

Um die Beschäftigungspotenziale im Tourismus und die damit verbundenen Arbeitsplätze (z.B. Gastronomie, Einzelhandel) zu heben, ist als weiterer Baustein der wirtschaftlichen Entwicklung in Maßnahmen der Lausitzer Tourismusregion zu investieren (nähere Behandlung im Abschnitt Lebensqualität und Attraktivität).

Durch die Ansiedlung oder die Erweiterung von Bundesbehörden, -unternehmen und Bundeswehrdienststellen sollte ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung der Beschäftigtenzahlen sowie von Ausbildungskapazitäten in der Lausitz geleistet werden. Dadurch würde ein wichtiger Beitrag für eine Zukunftsperspektive von jungen Menschen oder Rückkehrern in der Lausitz geschaffen. So sollten von der Bundeswehr ein Teil der Verwaltung sowie ein Ausbildungszentrum in die Lausitz verlagert werden. Zusätzlich könnte in der Lausitz ein Standort bzw. eine Außenstelle des Bundesverwaltungsamtes angesiedelt werden.

### **Ideen und Dynamik**

Um die Lausitz zu einer Innovationsregion zu entwickeln, sind Investitionen und finanzielle Unterstützungen auf mehreren Ebenen notwendig. Dies betrifft zum einen die allgemeine Fachkräftesicherung und -akquirierung, die Verbesserung der (Hoch-)Schulbildung, Ansiedlung von Forschungseinrichtungen, konkrete Forschungsprojekte, gezielte Gründungsförderung und Wissens- und Technologietransfer. Ziel ist der Auf- und Ausbau des regionalen Innovationssystems. Insbesondere benötigt die Lausitz Impulsgeber (Forschungsinstitute, Bundesbehörden) als langfristiges Bekenntnis und überregionales Zeichen, dass die Lausitz eine Innovationsregion mit Themen der Zukunft wird. Konkrete Forschungsprojekte sind vor allem in

den Forschungsbereichen zu unterstützen, die im Einklang mit den Kernkompetenzen der Lausitz stehen. Daher sind vorrangig Forschungen im Bereich Energieerzeugung, Energiespeicherung und Energiemanagement sowie Vorhaben in den Bereichen der (Elektro-)Mobilität, des Leichtbaus und der additiven Fertigung zu unterstützen. Insbesondere Ansätze der Sektorkopplung, die die Bereiche Energie und Mobilität vereint, sind in der Lausitz zu entwickeln. Als Zukunftsfeld weist der Bereich Bioökonomie i.w.S. ebenfalls ein hohes Potenzial auf.

Folgende Maßnahmen sollten mit finanzieller Unterstützung des Bundes umgesetzt werden:

### **Spezialisierung Energieforschung und Dekarbonisierung**

Die entscheidende Aufgabe auf dem Weg zu einer erfolgreichen Energiewende liegt in der Herstellung der Versorgungssicherheit. Power-to-X-Technologien sind hierfür ein wichtiger Baustein. Die Herstellung und Nutzung von Wasserstoff für alternative Antriebe (z.B. Projekt HZwo INFRA in Görlitz) gehört aufgrund der bestehenden Kompetenz und der bestehenden Gasnetze in die Lausitz. Ziel muss die Entwicklung von sektorgekoppelten Energiesystemen sein, die Ansätze wie Wasserstofftechnologien oder das Nutzen von Seewärme (z.B. am Spreetaler See) über noch zu errichtende Hybridnetze in die Strom- und Wärmeversorgung einspeisen und auch im Mobilitätssektor genutzt werden. Ebenso ist eine Weiterentwicklung einer dezentralen Energieversorgung in der Lausitz anzusiedeln. Hierfür sind neben Speichertechnologien vor allem digitale Lösungen (digitale Kraftwerke) zu erforschen. Das Thema ist für beide sächsischen Reviere relevant und an der TU Dresden anzudocken. Die vom Haushaltsausschuss des Bundestages beschlossene Finanzierung eines neuen Fraunhofer Instituts geht in diese Richtung. In Kooperation mit der TU Dresden und der BTU Cottbus kann in der Lausitz somit ein Schwerpunkt für Großkraftwerke sowie thermische und stoffliche Netze etabliert werden. Das Forschungsfeld hat besonders große Potenziale im Bereich Start-ups und Ausgründungen, die dann wiederum in den Revieren selbst stattfinden.

Ein weiterer Anknüpfungspunkt in der Lausitz wird das neue DLR-Institut für CO<sub>2</sub>-arme Industrieprozesse bieten. Das DLR-Institut verfolgt einen Ansatz zur Umrüstung von Kohlekraftwerken zu Speicherkraftwerken (thermische Energiespeicher). Das Institut für CO<sub>2</sub>-arme Industrieprozesse in der Lausitz mit Standorten in Zittau/Görlitz und Cottbus wird sich auf die Schwerpunkte „Regelbare Energiebereitstellung“ (insbesondere zur Nutzung Erneuerbarer Energien) sowie „CO<sub>2</sub>-Reduktion in der Grundstoffindustrie“ konzentrieren. Aus dem Institut sind zahlreiche Impulse zu erwarten, die das Themenfeld Energie(management) und Dekarbonisierung in der Lausitz etablieren wird und mit anderen Schwerpunkten verbindet.

### **Spezialisierung Biotechnologie und Bioökonomie**

Eng verbunden mit Energieforschung ist die Biotechnologie, die im Verbund mit den Power-to-X-Ansätzen, die ehemaligen Braunkohleflächen als Reallabor für die Nutzpflanzenproduktion nutzen kann. Bevor landwirtschaftliche Nutzungen auf rekultivierten Flächen möglich sind, könnten die Flächen letztlich zur Produktion von Wasserstoff genutzt werden. Das Verfahren benötigt allerdings weitere Forschungen (Stichwort Integrierte Öko-Biotechnologie). Als Ziel steht, die Lausitz zum Zentrum der Bioökonomie in Deutschland zu machen. Neben Energieforschungsfragen betrifft dies u.a. auch die Bereiche Kunststoff, Chemie und Entsorgung. Das Thema Bioökonomie gilt es daher in der sächsischen Hochschullandschaft stärker zu verankern und mit der Ansiedlung eines Forschungsinstituts zu festigen. Der Bereich birgt ebenfalls Potenzial für Ausgründungen, da die Gewinnung neuer Roh- und Wertstoffe viele industrielle Anknüpfungspunkte bieten, z.B. in der Bauwirtschaft, im Maschinenbau und im Recyclingbereich.

### **Spezialisierung Maschinenbau/ Leichtbau**

Der Maschinenbau in der Lausitz hat im Leichtbau und in der Energietechnik Zukunftschancen, da diese Forschungsfelder elementar für die Sektorkopplung bzw. Wärme- und Energiespeicherung und -effizienz sind. Die Hochschule Zittau-Görlitz mit dem Institut für Prozesstechnik, Prozessautomatisierung und Messtechnik (IPM) und dem Fraunhofer Institut für Werkzeugmaschinen und Umformtechnik sind entsprechend weiter zu entwickeln. Des Weiteren liegen Chancen im Bereich Maschinenbau in der Erforschung optimierter Fertigungstechniken und Produktionsabläufen, z.B. durch Automatisierung und Robotik, die durch Automatisierung im Braunkohleabbau bereits über Kompetenzen in der Lausitz verfügen. Dieses Forschungsfeld ist ebenfalls für Logistiktechnologien relevant.

### **Kompetenzfeld (E-)Mobilität aufbauen**

Das Vorhaben, Modellregion für die Mobilitätswende zu werden, bedarf ebenfalls erheblicher Forschungsinvestitionen. Eine Kompetenzakademie E-Mobilität als Modellvorhaben in der Lausitz würde dazu beitragen, dass die Fachkräfte der Region auf die Elektromobilität vorbereitet sind (z.B. Qualifizierung der KFZ-Betriebe für Werkstattarbeiten an Elektro-Fahrzeugen). In enger Verbindung mit der flächendeckenden Digitalisierung der Lausitz steht die Einrichtung eines Testfeldes für Autonomes Fahren in der Lausitz. In Verbindung zum brandenburgischen Lausitzring und den ansässigen Automobilherstellern und des DEKRA-Testzentrums eignet sich die Lausitz als Modellregion. Die bestehenden Hochschulen der Region sind für dieses Forschungsfeld auszubauen. Ziel ist die Implementierung eines Forschungsclusters Mobilität der Zukunft.

### **Ausbau der Lausitzer Forschungslandschaft**

Aus diesen Ansätzen lässt sich ableiten, dass ein Ausbau der Lausitzer Forschungslandschaft (Hochschulen und Forschungseinrichtungen) für die Zukunftsfragen Deutschlands viel Potenzial bietet. Hierzu müssen neben Forschungsstandorten vor allem zusätzliche anerkannte Experten und Fachkräfte in die Lausitz geholt werden. Insbesondere Ausgründungen hängen oft von engagierten Professoren ab. Mit entsprechenden Anreizsystemen und einer Aufwertung der Lebensqualität (siehe Kapitel Lebensqualität und Attraktivität) ist eine Attrahierung von Koryphäen bestimmter Fachbereiche realistischer. Zudem ist das Thema Strukturwandel ebenfalls direkt in der Lausitz zu erforschen. Die Gründung des Sächsischen Instituts für Energie- und Transformationsforschung (SIET) an der Hochschule Zittau/Görlitz ist ein logischer Schritt, um über Jahrzehnte hinweg Ideen für den Strukturwandel zu generieren und die eingeschlagenen Strategien regelmäßig zu überprüfen. Je mehr Menschen in der Region studieren, desto mehr werden auch im Berufsleben in ihr sesshaft. Dabei sind in der Lausitz auch die europäischen Nachbarn eine Zielgruppe für die Universitäten. Eine Art „Dreiländeruniversität“ könnte gezielt auch polnische und tschechische Studierende anziehen und das Zukunftsbild der Region im Herzen Europas stärken.

### **Wissenstransfer und Gründungsgeschehen implementieren**

Die wirtschaftlichen Schwerpunkte und Potenziale sind von umfangreichen Investitionen in geeignete Rahmenbedingungen für Wissenstransfer und Gründungsgeschehen zu flankieren. Hierfür bedarf es der Entwicklung zusätzlicher Technologie- und Gründerzentren, die thematisch eng an die Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Kompetenzzentren und weiteren Impulsgeber angedockt sind. Als Projektbeispiele sind das Center for Advanced Systems Understanding (CASUS), ein Internationales Zentrum (als Teil des Helmholtz-Zentrums Dresden-Rossendorf) und der Innovation Campus Görlitz (ICG) zu nennen. Beide Einrichtungen sollten so ausgestattet sein,



dass sie internationale Strahlkraft entwickeln können. Zusätzlich sind mit einer „Gründungs-offensive Lausitz“ Ausgründungen mit Schwerpunkt aus dem technologischen Bereich zu fördern. Hierzu braucht die sächsische Lausitz ein Start-up-Center, an dem Gründungsberatung stattfindet und Unternehmensgründungen über längere Zeit begleitet und unterstützt werden (günstige Mieten, Risikokapital etc.). Die Etablierung einer Gründerszene ist nicht nur in technischen Bereichen, sondern auch in der Kreativwirtschaft anzugehen. Ansätze wie in der Görlitzer Jakobstraße, in der sich aufgrund der günstigen Mieten ein kreatives Milieu in attraktiver sanierter Umgebung angesiedelt hat, müssen stärker unterstützt werden.

### **Ansiedlung von Impulsgebern fördern**

Neben den Technologie- und Gründerzentren, den weiterzuentwickelnden Hochschulinstituten und den Kompetenzzentren, ist die Ansiedlung weiterer Impulsgeber zu verfolgen. Dies kann in Form eines teilweise staatlich geförderten Forschungsinstituts (DLR, Fraunhofer, Helmholtz oder Leibniz) geschehen oder durch die Ansiedlung neuer Standorte von Bundesbehörden bzw. neuen Außenstellen. Aufgrund der Themen Digitalisierung und Energie bieten sich thematisch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik sowie die Bundesnetzagentur (Bereich Energie und/oder Breitband) an. Diese Impulsgeber bilden in den für die Gesamtstrategie passenden Themengebieten aus und ziehen weitere akademische Fachkräfte im jeweiligen Themengebiet an. Impulsgeber sind damit Fachkräftepools, die für andere (neue) Unternehmen interessant sind. Bei einer Ansiedlung in der Lausitz wären diese Fachkräfte dann bereits in der Region und die Chancen einer Sesshaftigkeit würden steigen.

### **Fachkräftesicherung durch „Kompetenzregion Lausitz“**

Der wichtigste „Rohstoff“ der Zukunft wird das Humankapital bzw. Fachkräfte sein. Die Entwicklung einer „Kompetenzregion Lausitz“ ist daher ein wichtiges, vom Bund zu unterstützendes, Vorhaben. Eine länderübergreifende Fachkräfteinitiative, abgestimmte Bildungsstandorte und die Bündelung innovativer Lern- und Lehrangebote sind unter diesem Label zu vereinen. Maßnahmenkonzepte für die Qualifizierung der Arbeitnehmer in Hinblick auf die gefragten Fähigkeiten der Zukunft sowie für Fachkräftesicherung und Rückkehrerinitiativen sind notwendig. Besonders für KMU sind staatliche Förderungen von Aus- und Weiterbildung von hoher Bedeutung (Lebenslanges Lernen). Regionale Akteure sind in Initiativen zu vernetzen, um überbetriebliche Lösungen für den Ausbildungsmarkt und die Fachkräftesicherung zu erarbeiten.

### **Lebensqualität und Attraktivität**

Die Standortfaktoren Lebensqualität und Attraktivität der Region sind in der Lausitz zu verbessern, da sie der Wohnbevölkerung, den potenziell Zuziehenden und Rückkehrern sowie dem Tourismus zu Gute kommen. Zudem tragen sie zur Identifikationsbildung bei. Zentral sind dabei die Aufrechterhaltung und Verbesserung der Daseinsvorsorge, die landschaftliche Inwertsetzung sowie Schaffung touristischer Leuchttürme und Naherholungsmöglichkeiten. Nur wenn diese Standortfaktoren attraktiv gestaltet sind, ist es realistisch, Fachkräfte in der Region zu halten, neue Fachkräfte zu gewinnen und als Wohnstandort attraktiv zu sein.

Folgende Maßnahmen sollten mit finanzieller Unterstützung des Bundes umgesetzt werden:

## **Förderung innovativer Ansätze der Daseinsvorsorge**

In der Lausitz sind vor allem in den ländlichen Regionen innovative Ansätze der Daseinsvorsorge notwendig, um ein Leben und Arbeiten auf dem Land zu gewährleisten. Es gilt daher Konzepte für die medizinische Versorgung (u.a. Telemedizin), Bildung (u.a. E-Learning), Alltagshilfen (u.a. Smart-home) sowie Mobilitätslösungen zu unterstützen. Diese Konzepte und innovativen Ansätze sind Problemlöser, die den Herausforderungen der bevorstehenden Alterung der Gesellschaft Rechnung tragen sowie zugleich für die junge Bevölkerung attraktiv sind. Sie benötigen zwingend eine flächendeckende leistungsfähige Internetversorgung (kabelgebunden und mobil).

## **Stärkung Bürgerschaftlichen Engagements und regionaler Identität**

Wie in vielen ländlichen Regionen, die sich auf die Herausforderungen des demografischen Wandels und Abwanderungstendenzen einstellen müssen, ist die Mitnahme der Bevölkerung bei der Konzeption einer nachhaltigen Regionalentwicklung von besonders hoher Relevanz. Die Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement, Dorfgemeinschaften und Vereinsleben ist noch höher einzuschätzen als in städtischen Regionen, da diese Komponenten in ländlich geprägten Räumen stärker für eine Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge (Nachbarschaftshilfe, Dorfläden etc.) benötigt werden. Diese Bereitschaft der Mitwirkung ist umso größer, je stärker die regionale Identität in der Region ausgeprägt ist. Eine höhere regionale Verbundenheit führt zugleich zu einer höheren Wahrscheinlichkeit, dass Menschen anstreben, in der Lausitz zu bleiben und wiederzukehren. Daher sind in der Lausitz identifikationsbildende Maßnahmen, wie die folgenden Beispiele, im besonderen Maße zu fördern:

- „ENKELPLUS - Beförderung kommunaler Entwicklung durch Stärkung regionaler Identitäten“, ein interkultureller Dialogprozess von verschiedenen wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen (Leitung durch Sorbisches Institut), der innovative Handlungsansätze erarbeiten möchte und kulturelle Potenziale heben will.
- Errichtung des Lausitzer Centrums für europäische Minderheiten („ŁCEM“), das als Bildungs- und Begegnungsstätte fungieren und zugleich Netzwerkpartner der Wirtschaft sowie Motor der Regionalplanung werden soll.

Besonders das sorbische Erbe ist als Alleinstellungsmerkmal der Lausitz zu bewahren und zu fördern. Auch wirtschaftsfördernde Maßnahmen, wie die wirtschaftliche Nachnutzung alter Industriestandorte und Industriedenkmäler trägt zur Identitätsbildung als Region bei. Zugleich unterstützen kulturelle Angebote eine positive touristische Entwicklung.

## **Kulturhauptstadt Europas 2025**

Von zentraler Bedeutung für die Region ist die Bewerbung der Stadt Zittau in Kooperation mit dem Landkreis Görlitz und der Dreiländer-Region Oberlausitz, um den Titel Kulturhauptstadt Europas 2025. Hierbei erfährt die Region partnerschaftliche Unterstützung aus den benachbarten tschechischen und polnischen Städten Liberec (Tschechien), Zgorzelec und Luban (beide Polen). Ziel der Bewerbung ist die Erarbeitung einer die Region einbindenden, grenzüberschreitenden Kulturentwicklungsstrategie und der Entwurf einer kulturellen Zukunftsperspektive für die Menschen im Dreiländereck, unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit und des historischen Erbes. Auch die Entwicklung der Seenlandschaft bzw. die attraktive Rekultivierung der ehemaligen Abbaugelände ist ein konkreter Ansatz innerhalb dieses Vorhabens. Der Titel ist für das internationale Image der Region ein wichtiges und zu unterstützendes Ziel, das sich zugleich auf die Identitätsbildung als auch auf den Tourismus auswirkt.

## **Aufwertung der touristischen Attraktivität**

Das touristische Potenzial der Lausitz ist in Zukunft stärker zu nutzen und auszubauen. Der Tourismus ist für die Strukturentwicklung von besonderer Bedeutung, da er unterschiedlichen Qualifikationsniveaus Beschäftigung bietet. Ein starker Tourismus bzw. touristische Leuchttürme schaffen nicht nur direkte Arbeitsplätze in der Lausitz, sondern locken durch die damit verbundene Standortaufwertung auch Investoren an. Zudem führen prägnante Wahrzeichen zu einer stärkeren Regionsverbundenheit bzw. gesteigerten regionalen Identität. Grundsätzlich gilt, Rahmenbedingungen, die Touristen anziehen, sind auch für die Bevölkerung vor Ort attraktiv (Naherholung). Als Beispiele sind der Ausbau von Rad- und Wanderwegen oder ein zukünftiges Wassersportangebot sowie die Landschaftsumgestaltung (Seenlandschaft) insgesamt zu nennen. Zentral ist demnach die Entwicklung der Seenlandschaft bzw. die attraktive Rekultivierung der ehemaligen Abbaugelände. Auch die stärkere Vermarktung der Grenzlage sowie das UNESCO-Weltkulturerbe sind konkrete Ansätze. Wichtig ist bei allen touristischen Maßnahmen eine einheitliche Vermarktung als Tourismusregion.

**Seenlandschaft:** Eine umweltverträgliche, nachhaltige und attraktive Landschaftsneugestaltung ist der Grundstein einer zukünftigen attraktiven Tourismus- und Lebensregion Lausitz. Die Umgestaltung vom Tagebauloch zur Seelandschaft ist ein Jahrhundertprojekt und bedarf langfristiger regionaler Planung und finanzieller Unterstützung. Frühzeitig sind Konzepte zu entwickeln, wie neu entstehende Standortvorteile durch diese landschaftliche Aufwertung genutzt werden sollen. Hierfür Bedarf es neben den Mitteln zur Rekultivierung auch Governancestrukturen, die eine zielgruppenorientierte Regionalentwicklung ermöglichen. Als Muster für die zukünftigen Rekultivierungen und Seegestaltungen sowie für das Schaffen touristischer Anziehungspunkte dient der Landschaftspark Bärwalder See (Boxberg/Oberlausitz/Sachsen).

**Kulturtouristischer Leuchtturm:** Zusätzlich wird ein kulturtouristischer Leuchtturm mit internationaler Strahlkraft benötigt, der einen entscheidenden Schub in der Tourismusedwicklung darstellen kann und neue Zielgruppen erschließt. Als Vorbild ist das Guggenheim-Museum in Bilbao zu sehen, das deutlich den Strukturwandel im Baskenland befördert hat und als „Bilbao-Effekt“ in der Wissenschaft bekannt ist. Das Museum wurde im Zuge mehrerer groß angelegter Sanierungsmaßnahmen in Bilbao errichtet. Durch das Engagieren von Stararchitekten gelang eine umfangreiche Revitalisierung, die der Stadt ein neues Image gegeben hat. Ein kulturtouristischer Leuchtturm in der Lausitz würde zu einer neuen, internationalen Wahrnehmung der Region führen.

**Muskauer Park:** Das UNESCO-Weltkulturerbe Muskauer Park soll zu einem herausragenden touristischen Ziel weiterentwickelt werden. Zugleich hat es für die deutsch-polnischen Beziehungen eine überragende Bedeutung. Zur Stärkung der vorhandenen Potentiale und zur Verbesserung des Tourismus als Wirtschaftsfaktor sind verschiedene Einzelprojekte vorgesehen, die sich kurzfristig realisieren lassen. Die Unterstützung der Weiterentwicklung ist ein wichtiger Baustein in der Tourismusförderung, welche die Lausitz auch als grenzüberschreitende Tourismusregion stärkt.

**UNESCO Geopark Muskauer-Faltenbogen:** Ist die Wiege des Braunkohlebergbaus in der Lausitz und ist in der Liste der ausgezeichneten nationalen Geotope aufgeführt. Ziel ist der Ausbau der vorhandenen Potentiale und die Stärkung des Tourismus als Wirtschaftsfaktor. Die Unterstützung der Weiterentwicklung ist ein wichtiger Baustein in der Tourismusförderung, welche die Lausitz auch als grenzüberschreitende Tourismusregion stärkt.